

# Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

## Schwierige Regierungsbildung nach dem Wahldebakel der Volksparteien

Das Bild von der Bundesrepublik als Hort der Stabilität in einem immer unsicherer werdenden internationalen und europäischen Umfeld gehört nach dem Ergebnis der Bundestagswahl der Vergangenheit an. Parallelen zu politischen Zuständen, wie wir sie aus Griechenland, Italien,

Frankreich oder auch Österreich kennen, drängen sich auf. Das Wahlergebnis zeigt die Erosion der Volksparteien, die weiter zunehmen wird. Die Sozialdemokratie traf diese Erosion bisher weitaus härter als ihre konservativen Konkurrenten.

Der Sozialdemokratie und den DGB-Gewerkschaften ist eines ihrer zentralen politischen Ziele abhanden gekommen. Ein gezähmter, zum Sozialstaat ausgebauter Kapitalismus, sollte zur sozialdemokratischen Alternative gegenüber dem sozialistischen Lager werden. Mit dem Ende der Systemkonkurrenz entfiel dessen Grundlage. Ein nach außen immer aggressiver auftretender Kapitalismus entledigte sich zunehmend auch der sozialen Zugeständnisse, die er der Arbeiterklasse zu Zeiten der Blockkonfrontation machen musste. Der Sozialstaat, wie wir ihn auch aus der BRD kannten, wurde zum Relikt aus sozialistischen Zeiten. Öffentliche Aufgaben und Betriebe wurden privatisiert, die Daseinsvorsorge zurückgefahren und den Mechanismen des Marktes unterworfen. Der Sozialdemokratie, die wie alle parlamentarischen Parteien der alten BRD die Niederlage des sozialistischen Lagers feierte, blieb nichts weiter, als sich den neuen Realitäten anzupassen.

Die rot-grüne Regierung unter Bundeskanzler Schröder leitete mit der Agenda 2010 den entscheidenden Umbau des Arbeitsmarktes und der Sozialsysteme ein. Nach der langen Ära Kohl verfügte die Union nicht mehr über die nötige Kraft, um derart tiefe soziale Einschnitte zur Sicherung und zum Ausbau der Konkurrenzfähigkeit des deutschen Kapitals voranzutreiben. Die SPD zahlte einen hohen Preis für die Bewältigung dieser Aufgabe. Sie verlor ihren Ruf, sozialer Anwalt des kleinen Mannes zu sein.

Seither haben sich die sozialen Gräben in der Gesellschaft zunehmend vertieft, während die beiden Volksparteien programmatisch und politisch enger zusammenschlossen. Es gelang ihnen immer weniger, die unterschiedlichen politischen Vorstellungen und materiellen Interessen ihrer Anhänger und Wähler zu bündeln und

auch zu befriedigen. Das zeigte sich in einer schon seit den 80er Jahren abnehmenden Wahlbeteiligung und nun im keineswegs überraschenden Ausgang der Bundestagswahl, bei wieder gestiegener Wahlbeteiligung. Den erneuten, zweistelligen Einzug der FDP hatte vor zwei Jahren kaum jemand erwartet. Im Parlament sitzen, wie zu Zeiten der Weimarer Republik, erneut zwei liberale Parteien, Grüne und FDP. Der Wahlerfolg der AfD war allerdings seit längerem absehbar. Die extreme Rechte befindet sich in einer Aufbruchstimmung. Die hatte sich auf der Straße (Pegida) als auch bei verschiedenen Landtagswahlen niedergeschlagen. Die AfD bildete ein Sammelbecken, mit deren Wahl fast 13% der Wähler\*innen ihren seit langem angestauten Unmut zum Ausdruck brachten. Zum ersten Mal seit 1957 gelang einer rechtsnationalen Konkurrenz zur Union der Einzug in den Bundestag.

Die veränderte Parteienlandschaft und der Druck, der auf den geschwächten Volksparteien lastet, erschwert seither die Regierungsbildung. Wir erleben zum ersten Mal in der Geschichte der BRD Koalitionsverhandlungen, die eher einem Vorwahlkampf gleichen als dem Versuch, eine stabile Regierung für die nächsten vier Jahre zu bilden. Die FDP ließ aus parteitaktischen Erwägungen die Verhandlungen über eine Jamaika-Koalition platzen. Notwendige Kompromisse gegenüber den linksliberalen Grünen passen nicht zu ihrer Profilierung als nationalliberale Kraft zwischen Union und AfD. Das soziale Milieu, in dem beide Parteien auf Stimmenfang gehen, überschneidet sich. Auch dies erklärt die heftige Polemik der FDP gegenüber den Grünen und die Weigerung, ihnen Zugeständnisse zu machen.

Mit dem Scheitern von Jamaika scheint es wieder auf die Bildung einer großen Koalition hinauszulaufen. Die

Verbände der Arbeitgeber drängen auf die Bildung einer stabilen Regierung. Sie warnen zugleich vor einem zu hohen Preis in den Koalitionsverhandlungen, d.h. vor sozialen Zugeständnissen der potentiellen Regierungspartner, um enttäuschte Wähler\*innen zurück zu gewinnen. Innerhalb der Unionsparteien finden sie auf dem Wirtschaftsflügel, der Vereinigung des Mittelstandes, ein politisches Sprachrohr.

Die Vorstände der DGB-Gewerkschaften fordern die Sozialdemokratie auf, ihrer staatspolitischen Verantwortung gerecht zu werden und sich einer großen Koalition nicht zu verweigern. Sie reagieren aus einer Position der Schwäche. Während der Anteil von Beschäftigungsverhältnissen mit Tarifbindung erheblich gesunken ist, stieg zugleich die Anzahl von ungesicherten Jobs aller Art. Allein auf betrieblicher Ebene und mit tarifvertraglichen Mitteln lässt sich die Deregulierung der Beschäftigungsverhältnisse nicht aufhalten. Die SPD als zukünftiger Regierungspartner soll dafür sorgen, dass soziale Haltelinien deren Folgen abmildern.

Schon während des Wahlkampfes wurde deutlich, die SPD kann ihren Agenda-Kurs nicht korrigieren, sondern allenfalls kosmetisch modifizieren. Die Erwartungen/Hoffnungen der Parteibasis auf eine Kurswende und Erneuerung der Sozialdemokratie werden sich nicht erfüllen – weder in der Opposition noch in der Regierungsverantwortung. Sie erhöhen aber den Druck auf den Parteivorstand. Er muss möglichst viele sozialdemokratische Forderungen durchsetzen, um die Fortführung der GroKo vor der Mitgliedschaft zu rechtfertigen. Zugleich schwächt die Wahlschlappe das Gewicht der SPD gegenüber potentiellen Koalitionspartnern.

Auch die geschwächten Unionsparteien, innerlich zerrissen, stehen unter großem Druck. Merkel als Kanzlerin ist eher geduldet denn erwünscht, solange es keine personelle Alternative gibt. Der CSU droht der Verlust der absoluten Mehrheit bei den Landtagswahlen im kommenden Jahr. Nach aktuellen Umfragen wäre die CSU gezwungen, mit zwei Partnern zu koalieren, um auch weiterhin den Ministerpräsidenten stellen zu können. In Sachsen wurde die CDU nur noch zweitstärkste Partei hinter der AfD. Die Vorwürfe aus der CSU an Merkel (fehlendes konservatives Profil, Sozialdemokratisierung der Union, Öffnung der Grenzen für Geflüchtete) wird auch in der Schwesterpartei von vielen Mitgliedern geteilt. Die Vereinigung des Mittelstandes in der Union drängt darauf, der SPD keine größeren Zugeständnisse in der Sozialpolitik mehr zu machen, wie sie kennzeichnend für die letzte Koalition gewesen wären. Der Spielraum in den Sondierungsgesprächen mit der SPD ist eng.

Es ist kennzeichnend für die aktuelle politische Situation, dass selbst kurzfristige Vorhersagen über mögliche Koalitionen, deren Tragfähigkeit oder Dauer reine Spekulation bleiben müssen. Das gilt für eine GroKo ebenso wie für die Vorschläge, eine Minderheitsregierung zu bilden. Die kommen, aus unterschiedlichen Motiven, sowohl aus der Union als auch aus der Sozialdemokratie. Und trotz der Ängste der beiden Volksparteien vor dem Votum der Bevölkerung scheinen auch Neuwahlen nicht ausgeschlossen.

## Die AfD, dauerhafte Konkurrenz für die Union?

Das Postulat von Franz Josef Strauß, es darf sich keine Partei rechts von der CDU dauerhaft etablieren, ist in Frage gestellt. Mit der AfD zog eine solche Kraft in zahlreiche Länderparlamente und in den Bundestag ein. Die Anhänger von Ideologien, wie sie in der AfD vorherrschen, fanden in der Nachkriegsära in der Union ihre politische Heimat.

Große politische Differenzen zwischen dem rechten Flügel der Union und der AfD sind kaum wahrnehmbar. Viele AfD-Forderungen zum Asylrecht und zur Eindämmung der Zuwanderung wurden von der Regierungskoalition aufgegriffen und umgesetzt. Die von der CSU geforderte Obergrenze wurde zur Grundlage der Unionsparteien für die Koalitionsgespräche. In den neuen Bundesländern, wo die AfD besonders stark und die Volksparteien entsprechend schwach abgeschnitten haben, melden sich die ersten Stimmen aus der sächsischen Union, die eine Öffnung der CDU in Richtung AfD fordern.

In der AfD, zunächst als nationalkonservative, eurokritische Partei gegründet, organisierten sich immer mehr Personen aus der völkischen und faschistischen Szene. Aufwind erhielt die Partei durch die Pegida-Demonstrationen. Die beherrschten monatelang die Schlagzeilen und damit die Meinungsbildung – egal, ob nun pro oder contra. Die AfD öffnete ihre Reihen für die Pegida-Organisatoren als auch für Leute aus der organisatorisch zersplitterten faschistischen Szene. Auch wenn deshalb etliche Gründungsmitglieder (Lucke, Henkel oder Petry) seither die Partei verließen, dem Zulauf zur AfD tat dies keinen Abbruch – ebenso wenig wie die Reaktion der übrigen parlamentarischen Parteien. Der Versuch, die AfD als populistisches Schmutzdelkind zu isolieren unter der Beteuerung, man müsse die Ängste und Nöte ihrer Wähler ernst nehmen, bewirkte das Gegenteil. Es stärkte das Image der AfD als Protestpartei, mit deren Wahl die Bürger\*innen den Etablierten einen Denkkzettel verpassen konnten.

Der jüngste Parteikongress hat den Rechtsschwenk der Partei untermauert. Es wird keinen Kurs der Öffnung und Koalitionsbereitschaft zur konservativen Mitte geben. Die AfD verbleibt in der »Fundamentalopposition«, mit enger Bindung zu den rechten Bürgerbewegungen wie Pegida. Zwei durchaus realistische Überlegungen stecken hinter dieser Strategie:

1. Bestrebungen nach Regierungsbeteiligungen sind kontraproduktiv für das Image als Protestpartei.

## INHALT · Heft Nr. 5 · Dezember 2017 · Jg. 58

Schwierige Regierungsbildung nach dem Wahldebakel der Volksparteien	1
Gewerkschaftsmitglieder wählen AfD	4
Verdrängung auf dem Wohnungsmarkt	6
Das bedingungslose Grundeinkommen	10
Wie können durchsetzbare Forderungen gegenwärtig aussehen?	12
Sozialismus als Weltsystem im »Kalten Krieg«, Aufgabe der »Entstalinisierung«	14
<b>Zur Diskussion:</b>	
Oktoberrevolution und Sowjetunion	22
Über die Bewegungslosigkeit von Bildern	23

## **Arbeiterpolitik**

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Karaberis  
 Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.  
 GFSA e.V. • Postbank Hamburg • BIC: PBNKDEFF  
 IBAN: DE 28 2001 0020 0410 0772 05  
 Zuschriften an: GFSA e.V. • Postfach 106426 • 20043 Hamburg  
 e-mail: arpo.berlin@gmx.de • Internet: www.arbeiterpolitik.de



**Wer Merkel will,  
muss SPD wählen!**

2. Auch nach der Bildung einer neuen Bundesregierung wird deren Politik für weiteren Zulauf zur AfD sorgen. Deshalb die umjubelte Parole: Wir stehen erst für eine Regierungsbildung zur Verfügung, wenn wir so stark sind, dass die anderen Parteien darum betteln müssen.

### Sozialdemokratie und Linkspartei

Programmatisch greift die Linkspartei auf sozialdemokratische Vorstellungen aus den Zeiten der Systemkonkurrenz zurück. Damit aber steht sie vor einem ähnlichen Dilemma wie auch die SPD. Deren reformpolitische Erfolge in der alten Bundesrepublik waren nur möglich, weil das sozialistische Lager durch seine Existenz dem Kapitalismus Grenzen setzte. Anders ausgedrückt, die DDR saß als unsichtbarer Verhandlungspartner mit am Tisch, z.B. wenn es bei der Sozialgesetzgebung oder in Tarifverhandlungen darum ging, die Überlegenheit des westlichen Gesellschaftsmodells zu demonstrieren.

Die Mehrheit in der arbeitenden/erwerbslosen Bevölkerung sehnt sich nach den Zeiten des sozialen Ausgleichs

zurück. Sie ahnen zugleich, dass sich das Rad nicht zurückdrehen lässt. Bei aller Empörung über Hartz IV und über die neoliberale Wende der SPD sahen viele bei ihrer Wahlentscheidung in der Linkspartei keine Alternative, obwohl die doch programmatisch und zum Teil auch personell die alten sozialdemokratischen Ideale verkörpert. Das Misstrauen wird durch ihre Erfahrungen mit der Linkspartei bestätigt, z.B. in Berlin. Die Senatskoalitionen von SPD und Linkspartei der Jahre 2000 bis 2008 verordneten der durch einen Bankenskandal völlig überschuldeten Stadt einen strikten Sparkurs. Sie folgten dem üblichen Muster. Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften und andere kommunale Betriebe wurden privatisiert, der soziale Wohnungsbau fast gänzlich eingestellt. Zahlreiche Stellen im Öffentlichen Dienst wurden gestrichen und den Beschäftigten Sparrunden zur »Gesundung des Haushaltes« verordnet. Die rot-rote Koalition hinterließ eine marode Infrastruktur und einen kaputt gesparten öffentlichen Dienst. Die Linkspartei verlor nicht nur ihre Glaubwürdigkeit, sondern auch einen beträchtlichen Teil ihrer Wähler\*innen, die vor allem in den neuen Bundesländern auch zur AfD abwanderten.

Die Aufforderungen aus der Linkspartei an die SPD, sie solle sich zu ihren sozialdemokratischen Wurzeln bekennen, um in einer gemeinsamen Koalition mit den Grünen die GroKo abzulösen, stieß bei den gewünschten Bündnispartnern auf Ablehnung. Es war keine realistische Alternative für die Bundestagswahl 2017. Den Wähler\*innen allerdings signalisierte sie das Streben der Linkspartei nach Regierungsbeteiligung. Die Erfahrungen mit derartigen Koalitionen auf Länderebene sind eindeutig. Nicht die SPD ist zu ihren Wurzeln zurückgekehrt, was die Linkspartei tendenziell überflüssig machen würde. Die Linkspartei hat sich den Vorgaben ihres Koalitionspartners und den Sachzwängen gebeugt. Die lassen kaum Spielraum bei der Verwaltung der kapitalistischen Gesellschaft, solange nicht die Arbeiterklasse die bestehenden Kräfteverhältnisse zu ihren Gunsten verändert und die Voraussetzungen schafft zur Überwindung dieser Ordnung.

8.12.2017 ■

## VERANSTALTUNG

### »Zur Zeit der Verleumder«

Eine ideologiekritische Intervention gegen die Instrumentalisierung von Juden, Judentum und der jüdischen Katastrophe

#### Konferenz in Berlin am 10. Februar 2018

Mit Moshe Zuckermann, Rolf Becker, Esther Bejarano, Moshé Machover, Jackie Walker u.a.:

**Eintritt: 5,- Euro**

**Nähere Informationen: [projektkritischeaufklaerung.de](http://projektkritischeaufklaerung.de)**

Der Rechtstrend in der westlichen Welt hat bizarre Erscheinungsformen. Linke werden als »Nazis«, jüdische Antifaschisten als »Verräter« diffamiert. Bereits Anfang der 1980er Jahre klagte der Dichter Erich Fried die Stigmatisierung jüdischer Linker an. Seine von den ersten Verwerfungen des neoliberal radikalisierten Kapitalismus geprägte Gegenwart beschrieb er als »Zeit der Verleumder«.

Mittlerweile sind die wüsten Polemiken zu einem Komplex aus Rufmordkampagnen und Sanktionen ausgewachsen, die aus den etablierten Parteien plus AfD wie von »Antideutschen« initiiert und von den hegemonialen Medien

propagiert werden. Die jüngst von der Bundesregierung angenommene Antisemitismus-Definition, mit der so gut wie jede Kritik an Israel, sogar an »nicht-jüdischen Einzelpersonen und /oder deren Eigentum« als Judenhass gebrandmarkt werden kann, zielt vor allem auf jüdische Marxisten und andere Antikapitalisten. (...)

Mit Vorträgen und anderen Beiträgen von Wissenschaftlern, Künstlern, Journalisten und Aktivisten werden wir diesen Niedergang auf einer Konferenz analysieren und Gegenstrategien diskutieren.

**Kontakt: [pka@projektkritischeaufklaerung.de](mailto:pka@projektkritischeaufklaerung.de)**

**Spenden:** D. Gloe, IBAN: DE98213522400001373365,

**Stichwort:**

Berlin Konferenz projektkritischeaufklaerung

Das Projekt Kritische Aufklärung ist ein im Juli 2017 von deutschen und israelischen Marxisten gegründeter Zusammenschluss für ideologiekritische Interventionen gegen rechte Tendenzen in Deutschland.

Wer an der Konferenz teilnehmen möchte, sollte sich jetzt schon anmelden. Denn nur, wer die 5 Euro überwiesen und eine Bestätigung erhalten hat, hat auch Anrecht auf einen Sitzplatz.

Der Konferenzort wird später mitgeteilt, um zu vermeiden, dass die Kreise der »Israelunterstützer« im Vorfeld Druck auf den Vermieter ausüben.

# Gewerkschaftsmitglieder wählen AfD

Bei den Bundestagswahlen am 24.9.2016 haben 12,6 Prozent der Wählerinnen und Wähler für die AfD gestimmt. So weit so schlecht. Was jedoch viele kritische GewerkschafterInnen schockte, war eine Umfrage der »Forschungsgruppe Wahlen«. Demnach sollen 15 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder für die AfD gestimmt haben, von den männlichen Mitgliedern sogar 18 Prozent.

Dieses Ergebnis zeigt auf jeden Fall, dass es auch unter den Lohnabhängigen starke rassistische Einstellungen gibt. Das ist aber nicht neu. Wer im Betrieb mit seinen Kolleginnen und Kollegen politisch diskutiert, konnte auch in der Vergangenheit feststellen, wie schnell bei einigen, manchmal auch unerwartet, ausländerfeindliche, antiislamische und auch antisemitische Vorurteile zum Vorschein kamen.

Solche Vorurteile bestimmen aber nicht zwangsläufig das ganze politische Denken. Es gibt andere Themen und Erfahrungen, die diese Ressentiments in den Hintergrund drängen können. In Westdeutschland war dies besonders die lang anhaltende gute Konjunktur in den 50er, 60er und zum Teil 70er Jahren des 20. Jahrhunderts. Dieses »Wirtschaftswunder« brachte sichere Arbeitsplätze, steigende Löhne und eine Reihe von sozialen Verbesserungen für die Arbeiterklasse. Die Gewerkschaften waren als »Sozialpartner« in dieses System eingebunden, konnten in Tarifverträgen auch ohne große Kämpfe Verbesserungen durchsetzen und sorgten im Gegenzug für den sozialen Frieden. Das war die Basis für eine enge Bindung der Masse der Beschäftigten an dieses System. Klassenbewusste Strömungen innerhalb der Gewerkschaften wurden an den Rand gedrängt, stattdessen setzte sich eine Identifikation mit den Volksparteien durch. Rassismus und Nationalismus waren damit nicht aus den Köpfen verschwunden, Parteien, die das als Hauptthema hatten, konnten aber allenfalls temporär bescheidene Erfolge verbuchen. CDU und SPD standen für die »soziale Marktwirtschaft« und wurden deshalb gewählt, auch wenn Arbeitsmigranten, Aussiedler und Flüchtlinge bei so Manchen für Stirnrunzeln sorgten. Und wenn dieses Stirnrunzeln etwas stärker wurde, konnten diese Parteien durchaus selbst eine populistische Rhetorik entwickeln und die Unzufriedenen wieder integrieren.

Dieses Spiel funktionierte, solange das ökonomische Wachstum stark genug war und das Kapital den überwiegenden Teil der Bevölkerung an seinen Profiten beteiligen konnte. Doch die Regeln dieses Spiels änderten sich, zuerst moderat, dann immer radikaler. Die Wachstumsraten nicht nur der deutschen Ökonomie wurden geringer, es kam zu Krisen und Massenentlassungen, und die Unternehmer ver-

abschiedeten sich langsam aber sicher von der Sozialpartnerschaft. Das Wachstum der deutschen Wirtschaft soll jetzt durch die internationale Konkurrenzfähigkeit durchgesetzt werden. Und dafür müssen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Opfer bringen, in Form von Sozialabbau, Privatisierungen und Abbau von Arbeitnehmerrechten. Der gewerkschaftliche und politische Widerstand gegen diese Entwicklung war schwach. Der Niedergang des sozialistischen Lagers beschleunigte diese Entwicklung: Mit dem Ende der Systemkonkurrenz bestand für die Herrschenden keine Notwendigkeit mehr, Westdeutschland zum Schaufenster des »freien Westen« auszubauen.

Etwa ein Drittel der abhängig Beschäftigten in Deutschland arbeiten mittlerweile in prekären Beschäftigungsverhältnissen, Tendenz steigend. Der feste Arbeitsplatz mit voller Arbeitszeit wird langsam zum Auslaufmodell. Eine Lebensplanung ist für viele junge Menschen nicht mehr möglich, die Vorstellung, Kindern werde es besser gehen als ihren Eltern, klingt für die meisten heute wie ein Märchen. Diese Abwärtsbewegung hält seit über dreißig Jahren an und reißt immer mehr Menschen mit sich. Das stellt die Loyalität zu den Volksparteien und zum politischen System insgesamt in Frage. Die Wahlbeteiligung gerade der unteren Schichten ist seit vielen Jahren rückläufig. Der Zustrom von Flüchtlingen aus Kriegs- und Hungergebieten wurde vor diesem Hintergrund von Vielen als Bedrohung aufgefasst und die Unzufriedenheit mit den gesellschaftlichen Verhältnissen bekam ein Ventil. Die bei vielen vorhandenen fremdenfeindlichen Vorurteile bekamen ein anderes Gewicht, sie wurden salonfähig und mit der AfD erschien eine Partei, die dieses Thema zum Schwerpunkt ihrer Propaganda machte. Die AfD ist damit noch keine faschistische Partei, sie kann aber ein Durchgangsstadium auf dem Weg dorthin werden, und völkisch-nationales Gedankengut ist dort auch heute schon stark vertreten.

Mit Veranstaltungen und Info-Material versuchen die Gewerkschaften, dem Erfolgskurs der AfD entgegenzuwirken. Sie zeigen auf, dass die sozial- und arbeitsmarktpolitischen Forderungen dieser Partei den Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer widersprechen. Doch konnte dies die AfD nicht aufhalten, genau so wenig wie die unermüdlichen Demonstrationen der Antifa-Gruppen. Doch lassen sich rassistische Vorurteile nicht durch Ächtung und auch nicht durch noch so gut gemeinte Aufklärung überwinden. Allenfalls individuell kann es hier Erfolge geben. Wir werden es nicht schaffen, alle unsere Kolleginnen und Kollegen zu aufgeklärten, weltoffenen Menschen zu machen. Wichtiger wäre es, daran zu arbeiten,

## GewerkschafterInnen: SPD vor CDU, AfD drittstärkste Kraft

Anteil der Zweitstimmen bei der Bundestagswahl (in Prozent)

■ CDU/CSU ■ SPD ■ Linke ■ Grüne ■ FDP ■ AfD ■ Andere

**Alle WählerInnen:**



**Gewerkschaftsmitglieder\*:**



\*Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenbund)  
Quelle: Der Bundeswahlleiter / Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim

andere Themen auf die Tagesordnung zu setzen, damit die tatsächlichen Ursachen sozialer Unsicherheit in den Mittelpunkt rücken.

Die Angriffe des Kapitals wären ein solches Thema. Prekäre Beschäftigung, Wohnungsnot und Altersarmut betreffen viele Menschen. Seit langer Zeit erleben die Lohnabhängigen aber, wie die Verschlechterungen ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen im Betrieb, im Wohnviertel und auf politischer Ebene ohne nennenswerten Widerstand durchgesetzt werden können. Erfolgreiche Gegenwehr gibt es allenfalls punktuell in einzelnen Betrieben oder Sektoren. Die Arbeiterklasse erlebt heute vor allem ihre Schwäche. Um es mit Marx auszudrücken: Sie ist »Klasse an sich«, nicht »Klasse für sich«.

Um dies zu ändern bedarf es der Hoffnung, durch gemeinsames, solidarisches Handeln etwas bewegen, die Angriffe des Kapitals abwehren zu können. Hier wäre die gewerkschaftliche Organisation gefragt. Diese ist aber in vielen Fällen Teil des Problems, nicht seine Lösung. Das oberste Ziel der Wirtschaftspolitik, die internationale Konkurrenzfähigkeit, wird von den Gewerkschaftsapparaten in der praktischen Politik nicht ernsthaft in Frage gestellt. Weit verbreitet ist die Unterordnung unter dieses Ziel und teilweise auch die aktive Mitgestaltung. Die in Deutschland durchgesetzten Lohnerhöhungen liegen weit unter dem europäischen Durchschnitt. Das kann als bewusster Beitrag zur Sicherung der Position des deutschen Kapitals auf dem Weltmarkt betrachtet werden. Betriebsräte nehmen es nicht nur hin, sondern beteiligen sich aktiv daran, »ihre« Betriebe fit zu machen im Konkurrenzkampf. Arbeitsplatzabbau, Ausgliederungen oder Arbeitszeitverlängerungen scheinen da kein Problem darzustellen. Dass Gewerkschaften und Betriebsräte nach Gesetz nicht in unternehmerische Entscheidungen eingreifen dürfen, wird als Argument benutzt, solche Entscheidungen einfach hinzunehmen, allenfalls die Auswirkungen etwas abzumildern. Ausgliederungen in schlechter tarifierte oder tariflose Bereiche sind an der Tagesordnung. Leiharbeit wird nicht in Frage gestellt, sondern wohlwollend als Puffer hingenommen, um die Stammbeschaften bei einem Arbeitsplatzabbau zu schützen.

Um den reibungslosen Betrieb des »eigenen« Unternehmens zu gewährleisten, müssen die Belegschaften anderer Betriebe auch mal auf die Durchsetzung ihrer Interessen verzichten. 2003 beim Streik in der ostdeutschen Metallindustrie für die 35 Stunden-Woche drängten die Betriebsräte der westdeutschen Automobilindustrie auf einen Abbruch des Streiks, als es zu Lieferengpässen kam und die Produktion ins Stocken geriet.

Für Leiharbeitskräfte werden Tarifverträge abgeschlossen, die eine Verschlechterung gegenüber den gesetzlichen Standards bedeuten:

Das Gesetz sieht eine gleiche Bezahlung von LeiharbeiterInnen und Stammbeschaften vor, wenn durch einen Tarifvertrag nichts anderes geregelt wird. Doch die DGB-Gewerkschaften schließen immer wieder Tarifverträge für die Zeitarbeitsbranche ab. Die LeiharbeiterInnen bekamen dadurch im Schnitt nur 57 Prozent des Lohnes der Stammbeschaften. Um den in den Betrieben sich zeigenden Unmut zu bekämpfen, vereinbarten die Einzelgewerkschaften in einigen Branchen per Tarifvertrag Branchenzuschläge. Der gilt aber nur dort, und ihn bekommen nur 38 Prozent der LeiharbeiterInnen.

Ähnlich verfährt die IGM bezgl. der zulässigen Ausleihdauer. Leiharbeiter dürfen seit 1. April 2017 im Prinzip nur noch für 18 Monate in einem Betrieb bleiben. Doch die IGM hat mit den Metallarbeitgebern eine Ausnahme von dem Gesetz vereinbart. In der Metall- und Elektroindustrie können Leiharbeiter künftig bis zu 48 Monate in einem Betrieb

Die Situation am Arbeitsplatz spielt eine wichtige Rolle dafür, ob rechtspopulistische Positionen als attraktiv wahrgenommen werden: Das Gefühl von Kontrollverlust und Ausgeliefertsein erhöht die Wahrscheinlichkeit, rechts zu wählen – und zwar insbesondere dann, wenn in einem Kleinbetrieb gearbeitet wird. Unter AfD-Wählern und Sympathisanten sind Aussagen wie »Durch die Digitalisierung wird die Überwachung und Kontrolle meiner Arbeitsleistung immer größer«, »Ich stecke in unsicheren Billigjobs fest« und »Dass ich für meinen Arbeitgeber leichter erreichbar bin, bedroht mein Privatleben« verbreiteter als in der Gesamtbevölkerung. Die Zustimmung zu diesen Aussagen hat einen signifikanten Einfluss auf eine Wahl der AfD.

Aus: Wer wählt Rechtspopulisten? Erfahrung von Unsicherheit und Kontrolle im Arbeitsleben sowie Zukunftssorgen wichtige Faktoren ([www.boeckler.de](http://www.boeckler.de))

beschäftigt werden. Durch staatliche Gesetze erreichte Obergrenzen werden durch die von den Gewerkschaften ausgehandelten Tarifverträge unterlaufen.

Gewerkschaften sind heute also nicht der Ort, in denen Solidarität organisiert und erfahrbar wäre. Stammbeschaften können hingegen durchaus die Erfahrung machen, mit Standortdenken und Betriebsegoismus die eigene Haut vor den schlimmsten Auswirkungen kapitalistischer Krisenbewältigung retten zu können. (Betriebsschließungen wie aktuell bei Siemens zeigen jedoch, dass es dafür keine dauerhafte Garantie gibt.)

Andere Teile der Klasse sind Leidtragende dieser Politik. Sie können nur bedingt mit der Solidarität der Gewerkschaften und ihrer betrieblichen Repräsentanten rechnen. Das liegt einerseits daran, dass es dort keine Tradition gewerkschaftlicher Organisation gibt und es schwierig ist, ökonomischen Druck auszuüben. Den davon Betroffenen müssen Gewerkschaften als Teil des Systems vorkommen, das ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen immer weiter bedroht. Sie bleiben vielleicht noch Mitglied einer Gewerkschaft (Versicherungsschutz), doch haben sie keinen Bezug zu ihr und es ist ihnen ziemlich gleichgültig, welche politischen Positionen die Gewerkschaften zu den Wahlen haben. Viele wollen bei den Wahlen ihren Protest zum Ausdruck bringen und zum Teil finden sie das Kreuzchen bei der AfD als hierfür angemessen.

Wie glaubwürdig sind solche Gewerkschaften, wenn sie der AfD Spaltung und Ausgrenzung vorwerfen? Es ist nicht nur das Programm der AfD, das Menschen ausgrenzen will. Ausgrenzung ist schon heute ein gängiger Prozess in der kapitalistischen Wirtschaft, immer mehr Menschen werden in prekäre Arbeitsverhältnisse abgedrängt. Und diesem Prozess haben Gewerkschaften wenig entgegen gesetzt. Zum Teil haben sie ihn sogar »mitgestaltet«, um die Auswirkungen der Krisenbewältigung auf die Kernbelegschaften abzumildern.

8.12.2017 ■



■ ES WIRD VIEL GEBAUT, DOCH ES FEHLT AN BEZAHLBAREN WOHNUNGEN:

## Verdrängung auf dem Wohnungsmarkt

*„Es gibt viele Arten zu töten. Man kann einem ein Messer in den Bauch stechen, einem das Brot entziehen, einen von einer Krankheit nicht heilen, einen in eine schlechte Wohnung stecken, einen durch Arbeit zu Tode schinden, einen zum Suizid treiben, einen in den Krieg führen usw. Nur wenig davon ist in unserem Staat verboten.“* Mit diesem berühmten Zitat aus Bertolt Brechts »Me-Ti – Buch der Wendungen« ist die strukturelle Gewalt ausgedrückt, die in den sozialen Verhältnissen im Kapitalismus steckt. Auch die Versorgung bzw. Unter- oder Nichtversorgung mit Wohnraum gehört dazu. In einem reichen kapitalistischen Land wie Deutschland mochte Wohnungsnot zeitweilig wie ein Gespenst der Vergangenheit erscheinen. Doch wie in anderen Bereichen der kapitalistischen Wirtschaft gibt es im Wohnungsmarkt Konjunkturen. Und Engpässe wie gegenwärtig im Bereich bezahlbarer<sup>1</sup> Wohnungen können einhergehen mit gleichzeitigem Bauboom.

Die dramatische Zunahme der Wohnungsnot, insbesondere in den Ballungsräumen (in München soll es laut Bayrischem Rundfunk 8.000 Obdachlose geben) wird in den Medien, Talkshows, Wahlprogrammen von Parteien, Verlautbarungen von Kommunen und anderen öffentlichen Organen bis hin zum Bundeswohnungsbauministerium thematisiert und skandalisiert. In der Bevölkerung nimmt die Furcht vor immer weiter steigenden Mietbelastungen und vor Obdachlosigkeit zu. Dennoch ist eine breite Bewegung, die auf Vereinheitlichung von Zielen und Strategien lokaler Kräfte drängt, derzeit nicht in Sicht. Deshalb kann es in diesem Artikel nicht darum gehen, die Verlaufsformen politischer Auseinandersetzungen zu beschreiben, sondern die Wohnungsfrage als Klassenfrage zu zeigen.

<sup>1</sup> „Bezahlbar« heißt im Verständnis von Mieterinitiativen und ähnlichen Bewegungen eine Wohnung dann, wenn sie für mittlere und niedrige Einkommen bezahlbar ist und einem Status entspricht, den man als im gesellschaftlichen Rahmen »menschwürdig« ansehen kann.

Die Komplexität der Thematik »Wohnen« können wir in einem Artikel nicht annähernd darstellen. Wir konzentrieren uns im folgenden auf den Widerspruch, dass zur Zeit gerade in Ballungsgebieten wie z. B. dem Rhein-Main-Gebiet viel gebaut wird, jedoch nur wenig preiswerter Wohnraum dabei herauskommt. Das private Immobilienkapital ist – jedenfalls im Wege des »freien«, d. h. nicht subventionierten Wohnungsbaus – strukturell nicht in der Lage, bezahlbare Wohnungen bereitzustellen. Daher ist die Feststellung offensichtlich, dass der Wohnungsbau wegen der elementaren Bedeutung für das Leben der Menschen und des Umstandes, dass Grund und Boden nicht beliebig vermehrbar ist, in die Verantwortung des Staates und der Kommunen gehört.

### Armutsgefahr Wohnen

Eine jüngst erschienene Studie der gewerkschaftlichen Hans-Böckler-Stiftung »Wohnverhältnisse in Deutschland«, erstellt von Andrej Holm, Henrik Lebuhn u. a., zeigt die soziale Lage in den 77 Großstädten der Bundesrepublik. Demnach müssen dort 5,6 Mio. Haushalte mehr als 30 % ihres Einkommens für die Miete aufwenden, jeder zehnte Großstadthaushalt sogar mehr als 50 %. In 1,3 Mio. Haushalten bleiben nach Abzug der Miete Beträge übrig, die trotz des Zuschusses zu den KdU (Kosten der Unterkunft) noch unter dem Hartz-IV-Regelsatz liegen, also kaum zum Leben reichen.

Die 30-Prozent-Marke gilt als kritisch, weil insbesondere Familien mit kleinerem Einkommen nicht genug Geld für den Alltag bleibt. Das Bundesbauministerium nennt in einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage der Grünen Zahlen aus dem Jahr 2014. Demnach müssen 37,4 % der Hauptmieterhaushalte mehr als 30 % für Miete ausgeben, 17 % dieser Haushalte mehr als 40 %. Anders als die Stu-

die der Hans-Böckler-Stiftung beziehen sich die Angaben des Bauministeriums nicht nur auf Großstädte, sondern auf ganz Deutschland.

Zu beachten ist hierbei, dass die Mietkosten anteilmäßig umso mehr zu Buche schlagen, je niedriger die Einkommen sind. Besser Verdienende leben natürlich in durchschnittlich größeren Wohnungen mit höheren Kosten, aber sie können sich dies auch leisten. In einem Land wie Deutschland wird »Armutgefährdung« üblicherweise mit weniger als 60 % des Medianeinkommens (d. h. des Einkommens, das in der Bevölkerungsskala genau die Mitte einnimmt) beschrieben. So stellt die Studie fest, dass Haushalte, die 140 % des Medianeinkommens verdienen, im Durchschnitt 8,10 Euro Kaltmiete zahlen, während die unter 60 % Verdienenden auf 7,20 Euro kommen. Damit geben die besser Betuchten aber nur 17 % ihres Einkommens für Miete aus, Armutsgefährdete dagegen fast 40 %. Hier ist zu berücksichtigen, dass in heutiger Zeit preiswerte Wohnungen Mangelware sind. Die ärmeren Schichten der Bevölkerung können der Problematik, dass die Wohnkosten ihren Lebensstandard sehr stark einschränken, kaum entkommen.

Dazu kommt, dass die Wohnungen in den etwas niedrigeren Preislagen auch eine bescheidene Ausstattung aufweisen. Während Gutverdiener im Schnitt pro Person auf 52 m<sup>2</sup> leben dürfen, müssen sich Ärmere auf 37 m<sup>2</sup> einschränken, insgesamt 800.000 Haushalte sogar auf 20 m<sup>2</sup> pro Person. Aktueller Wohnungsmangel in bestimmten Segmenten tut sein Übriges dazu: Viele Singles sehen sich gezwungen, in größeren Wohnungen zu leben und damit höhere Mietkosten zu tragen, als sie wollen bzw. ohne gravierende Einschränkungen an anderer Stelle leisten können. Hinter all dem steht in der Gesellschaft die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich. *»Laut dem Global Wealth Report von Credit Suisse Research besitzen gegenwärtig 0,7 Prozent der erwachsenen Weltbevölkerung 45,6 Prozent des Haushaltsgesamtvermögens, während 73,2 Prozent lediglich über einen Vermögensanteil von 2,4 Prozent verfügen. Parallel zu steigenden Einkommen aus Kapitalerträgen ist die durchschnittliche Lohnquote in den wichtigsten Industrieländern zwischen 1980 und 2013 nahezu kontinuierlich gesunken.«* Auch in Deutschland ist das so: *»Die reichsten zehn Prozent besitzen einen Anteil von mehr als 64 Prozent des Gesamtvermögens. Doch nicht nur die Kluft zwischen Arm und Reich hat sich vergrößert, auch die Einkommensungleichheit unter Lohnabhängigen hat zugenommen. Die Hälfte der abhängig Beschäftigten verdient heute weniger als noch vor 15 Jahren, die unteren vier Einkommensdezile und damit vor allem Arbeiterinnen und Arbeiter haben überdurchschnittlich verloren«* (Klaus Dörre, Hoch oben, tief unten, Neues Deutschland, 18.9.2017). Hinzu kommt die Unsicherheit durch prekäre Beschäftigungsverhältnisse.

Die Frage, woher diese Ungleichgewichte kommen und wie sie zu bekämpfen sind, führt direkt in strukturelle Zwänge der kapitalistischen Produktionsweise, die sich im Wohnungsmarkt niederschlagen, und eine bürgerliche Politik, die einerseits das anlagesuchende Kapital im Bausektor, andererseits die besser verdienenden Mittelschichten als ihre Klientel bedient.

## Kapitalverwertung im Wohnungsmarkt

Der private, »frei« (d. h. ohne jede Form staatlicher bzw. kommunaler Subventionierung) finanzierte Wohnungsbau ist nicht in der Lage, bezahlbaren Mietraum für die Mehrheit der MieterInnen in deutschen Großstädten zu schaffen. Das ist hier die Ausgangsthese. Im Wohnungsbau eingesetztes Kapital ist zu seiner profitablen Verwertung auf Renditen angewiesen, die nur durch sehr hohe Mieten erbracht

werden können. Damit stehen die Interessen der profitorientierten Wohnungswirtschaft der Schaffung von preisgünstigem Wohnraum sogar entgegen (Bernd Belina, Wohnungsbau und globale Kapitalverhältnisse, Z – Zeitschrift marxistische Erneuerung, Nr. 109, März 2017, S. 129-136).

Wohnungsbau hat Konjunkturen. So gingen die Investitionen in den Neubau von 7,65 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Jahre 1996 auf 4,97 % des BIP 2005 zurück. Dagegen stiegen sie von 40,8 Mrd. Euro in 2011 auf 64,3 Mrd. Euro in 2016 (Strukturdaten zur Produktion und Beschäftigung im Baugewerbe – Zahlen für 2016, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung im Auftrag des Bundesbauministeriums). Doch dieser Neubau entsteht überwiegend in Hochpreis- und Luxussegmenten (95,3 % der privaten Neubauten in den 20 größten deutschen Städten im Jahre 2016). An drei zentralen Gründen kann man verdeutlichen, woran das liegt.

Bauen ist wegen der »relativ niedrigen organischen Zusammensetzung des Baukapitals« (Belina), d. h. wegen des hohen Anteils gering mechanisier- oder automatisierbarer Handarbeit strukturell kostspielig. Hinzu kommen gesetzliche Auflagen, die je nach gesellschaftlich erwünschtem und politisch durchgesetztem Standard sehr tiefgreifend sein können, z. B. Energie- und Brandschutzauflagen (man denke an die nicht enden wollenden Probleme beim Berliner Hauptstadtflughafen oder – tragischerweise – das abgebrannte Hochhaus in London-Grenfell). Deshalb übersteigen Neubauwohnungen auch bei einfacher Ausführung schnell die Erwartung großer Mieteinnahmen durch MieterInnen mit geringen bis mittleren Einnahmen. Dagegen sind hochpreisige Wohnungen trotz besserer Ausstattung nicht sehr viel teurer in der Herstellung, erzielen aber auf dem Markt wegen der kaufkräftigeren Klientel höhere Mieten, daher auch höhere Verkaufspreise. Es handelt sich also um Extraprofite, die in keinem kalkulatorisch begründbaren Verhältnis zu den relativ moderaten Kostendifferenzen stehen.

Grundstückspreise in interessanten Lagen von Groß- und Universitätsstädten steigen seit Jahren rasant immer weiter. Der Bodenpreis ist bekanntlich nichts anderes als die »kapitalisierte Grundrente« (Belina), d. h. je mehr ein Grundstück zukünftig durch Nutzung oder Verpachtung abzuwerfen verspricht, desto höher steigt sein Preis. Aktuell sind vor allem gefragt: Luxus- und hochwertiges Wohnen (Neubau ebenso wie Bestandssanierung) sowie Spekulation auf Wertsteigerungen durch Investitionen aus anderen Sphären, z. B. der gewerblichen Nutzung. Für den ersten Bereich stehen etwa in Frankfurt die immer zahlreicher aus dem Boden schießenden Wohntürme oder auch die Umwandlung unverkäuflicher Büroräume in hochwertige bzw. luxuriöse Wohnungen. MieterInnen mit Niedrigeinkommen werden unmittelbar verdrängt bzw. kommen erst gar nicht zum Zuge. Die Spekulation mit Grundstückswerten treibt als Selbstläufer die Preise noch weiter an: Reiche »Investoren« kaufen Grund und Boden an, ohne produktiv zu investieren. Die IG BAU schätzt, dass ein Fünftel aller Baugenehmigungen für Wohnungen wegen der Spekulation auf höheren Weiterverkauf nicht umgesetzt wird.

So folgert Belina zutreffend: *»Die teuren Grundstücke sind also nicht so sehr ein Grund dafür, dass derzeit nur teurer Wohnraum gebaut wird – wie die Immobilienbranche stets betont –, sondern vielmehr eine Folge eben jenes Baus von und Umbaus zu Luxuswohnungen.«* Bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, sei nur möglich, wenn diese Mechanismen der Grundrentensteigerung bzw. der Spekulation darauf politisch reguliert werden. Dies aber ist ganz offensichtlich eine Frage der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse. Dazu gehören die Einsicht, dass Wohnungsbau

durch die öffentliche Hand geschehen und diese die dazu erforderlichen Entscheidungsbefugnisse und Finanzmittel erhalten muss, und eine politische Kraft, die solche Forderungen durchsetzt.

Kreditzinsen sind zur Zeit und auf längere Sicht so billig wie lange nicht mehr. Die unmittelbare Folge besteht darin, dass seit der Finanzkrise von 2007/8 die Kreditkosten für den Wohnungsbau von etwas über 5 % auf unter 2 % gesunken, die Investitionen in denselben aber, wie oben dargestellt, gestiegen sind (am BIP gemessen von ca. 5 % auf ca. 6 %). Hier kommt dem Wohnungsbau außerdem zugute, dass Kapital in diesen Bereich vermehrt einfließt, wenn andere Profitmöglichkeiten zunehmend verschlossen erscheinen. Gewohnt werden muss immer. Zahlungskräftige Nachfrage ist vorhanden, wenn nicht, wird sie durch Kredite simuliert. Auf der einen Seite werden Herstellungskosten durch billige Kredite gesenkt, auf der anderen scheint die Realisierung gesichert. Aber es wird nicht nach Bedarf gebaut, sondern auf Profiterwartung hin. Die Immobilienkrise 2007/8 lässt grüßen. Angesichts des Mangels an Alternativen werden Warnungen vor Blasenbildung in den Wind geschlagen.

Doch das billige Geld fließt – wie vorstehend dargelegt – bei Fehlen regulatorischer Zweckbestimmungen überwiegend in den Luxus- und hochwertigen Wohnungsbau. Bei anderem politischen Willen könnte es genossenschaftlichen Bauträgern zur Verfügung gestellt werden. Diese sind jedoch – seit der Aufhebung der Gemeinnützigkeit im sozialen Wohnungsbau – nahezu gleichartig wie private »Investoren« an möglichst hoher Rentabilität ihrer Projekte interessiert. Der aktuell betriebene Wohnungsbau ist insgesamt nicht geeignet, die sich verschärfende Wohnungsfrage zu lösen: Er ist zu teuer, treibt die Grundstückspreise hoch und fördert die Blasenbildung im Immobiliensektor. Nur ein Wohnungsbau der öffentlichen Hand oder durch gemeinnützige Genossenschaften, der nicht auf Profite setzt, sondern am gesellschaftlichen Bedarf orientiert ist, könnte diese Probleme wirksamer angehen.

### **Strukturschwächen im sozialen Wohnungsbau**

Damit soll jedoch nicht unkritisch eine Lanze für den sozialen Wohnungsbau, wie wir ihn bisher kannten, gebrochen werden. Wir dürfen nicht vergessen: Wir leben in einer kapitalistischen Gesellschaft. Zuerst werden die Anforderungen der Kapitalverwertung bedient, damit diese Gesellschaftsformation sich reproduzieren und weiter bestehen kann. Die Bedürfnisse der Menschen werden in Abhängigkeit von dieser Priorität erfüllt, so gut es eben gehen mag. Im sozialen Wohnungsbau geht es unter diesen vorherrschenden Bedingungen prinzipiell darum, durch unterschiedliche Formen von Subventionen (Baukosten- und Aufwendungszuschüsse, Zinsverbilligung) die Mieten auf oder unter die Kostenmiete zu drücken und so für die berechtigten unteren Einkommensgruppen zu öffnen. Durch Vertrags- und Finanzierungsinstrumente wird also die Bereitstellung von Wohnraum systematisch zur Wirtschaftsförderung. Hieraus ergeben sich die strukturellen Schwächen, von denen im Folgenden einige aufgeführt werden.

Sozialen Wohnungsbau gab es unter wechselnden Bedingungen und Formen schon in der Weimarer Republik und im Nazi-Reich. In der DDR war er staatliche Aufgabe; im Schatten der Systemkonfrontation, aber auch wegen seiner unter damaligen Bedingungen wenig attraktiven Erscheinungsformen wurde er im Westen als »Plattenbau« verhöhnt. In der BRD war er überwiegend als Mischform von geförderten privaten und genossenschaftlichen Unternehmungen konzipiert und funktionierte mehr oder

weniger bis in die achtziger Jahre. Auch diese Form geriet in Kritik, je nach Interessenlage der beteiligten Parteien und besonders im Zusammenhang mit dem Neue-Heimat-Skandal. Die »Neue Heimat« war die Wohnungsbaugenossenschaft der DGB-Gewerkschaften, die in den achtziger Jahren in einem Korruptionsskandal unterging und abgewickelt werden musste. In der öffentlichen Wahrnehmung war das ein schwerer Schlag gegen gewerkschaftliches und sonstiges Genossenschaftswesen und Wasser auf die Mühlen der bereits beginnenden Privatisierungsdiskussionen in weiten Teilen von Wirtschaft, Kultur, Publizistik, Politik und Gesellschaft. So konnte im Wohnungswesen durch ein Gesetz 1988 die Steuerfreiheit der bis dahin gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften abgeschafft werden. Durch die sogenannte Föderalismusreform 2005 wurden der Wohnungsbau zur »Ländersache« erklärt, damit in Konkurrenzzwänge gebracht, und die Fördermittel des Bundes gegen nicht sachlich gebundene und insgesamt niedrigere Pauschalzuweisungen getauscht.

Sozialer Wohnungsbau in der BRD war und ist weder ein bestimmtes Wohnungsmarktsegment noch eine Gebäudeklasse (»Plattenbau«), sondern eine Mischung teils unzusammenhängender Programme und Leistungen, die letztlich auf die Subventionierung des im Wohnungsbau beschäftigten Kapitals zielen. Unterschieden werden Objekt- und Subjektförderung. Unter der ersteren versteht man die klassische soziale Wohnraumförderung, in der private Investoren und kommunale Wohnungsunternehmen durch Steuernachlässe und andere Anreize veranlasst werden, preiswerte Mietwohnungen im allgemeinen Wohnungsmarkt bereitzustellen. Die als Gegenleistung zur Subventionierung verstandene »Sozialbindung« der Wohnungen gilt jedoch in der Regel nur auf Zeit, so dass sie nach deren Ablauf zum ungebundenen Wohnungsmarkt mit entsprechenden Mietsteigerungen gehören.

Subjektförderung dagegen überlässt die Mietpreisbildung von vornherein unkontrolliert dem freien Markt und setzt an den wohnungsuchenden Haushalten selbst mit Sozialleistungen an (Wohngeld, KdU bei Hartz IV u. ä.). Damit wird die Preisentwicklung am Wohnungsmarkt nicht gestoppt, sondern angetrieben. Diese Form der Subventionierung ist noch kapitalfreundlicher, weil sie die Verfügungsrechte des Wohnungseigentümers in keiner Weise einschränkt. Die Kostendifferenz tragen vielmehr die steuerzahlende Allgemeinheit bzw. der/die MieterIn selbst, wenn die Transferleistung zu gering ausfällt. Im Interesse der Immobilienwirtschaft wird die Strategie der Subjektförderung aktuell in den Jamaika-Verhandlungen in Berlin besonders durch die FDP vertreten. In der Kritik daran geht es nicht darum, die Sozialleistung »Wohngeld« abzuschaffen, wo sie benötigt wird, sondern in der Tendenz überflüssig zu machen in dem Maße, in dem es gelingt, bezahlbaren Wohnraum bereitzustellen.

Kritik am sozialen Wohnungsbau – in der Vergangenheit wie gegenwärtig – lässt sich in einigen Punkten zusammenfassen: 1) Er sei zu teuer; 2) zu ineffektiv in der Erreichung der Versorgungsziele; 3) er führe zu »Ghettobildung« bzw. »sozialen Brennpunkten«; 4) er werde durch »Fehlbelegung« ausgenutzt, wenn Mieter auch nach Fortfall ihrer Berechtigungsgründe (z. B. durch höheres Einkommen) in der subventionierten Wohnung verblieben. Dass solche Probleme in Einzelfällen eine Rolle spielen, kann nicht bestritten werden. In wissenschaftlichen Untersuchungen wird jedoch nachgewiesen, dass das Randerscheinungen sind. Sie spiegeln eher wider, dass auch die beste Sozialpolitik die strukturellen Unsicherheiten der kapitalistischen Marktwirtschaft nicht aufheben, sondern nur nachsorgend abfedern kann.



Obwohl die Immobilienwirtschaft über Jahrzehnte von den Förderprogrammen profitierte, setzt sie auf das Mantra, dass der Markt die Dinge am besten regelt; die Benachteiligung der kaufkraftschwächeren MarktteilnehmerInnen übergeht sie mit Schweigen. Das hat nicht nur damit zu tun, dass unter jahrzehntelangem Beschuss der einander nachfolgenden Kohl-Schröder-Merkel-Regierungen der Sozialstaat ideologisch zum Abbruch frei gegeben, der sogenannten Privatinitiative immer mehr Raum und gesellschaftlicher Vorrang zugestanden wurde. Es war auch die aktive Politik der Steuerentlastung der Unternehmen und großen Vermögen, der Austrocknung der öffentlichen Haushalte, der Bereitstellung neuer Kapitalanlagemöglichkeiten durch die Verschleuderung öffentlichen Vermögens, darunter eben auch Wohnungsbestände kommunaler Baugenossenschaften und staatlicher Unternehmen wie Post und Bahn. War in früheren Zeiten die Wohnungswirtschaft an Förderprogrammen, die mit Sozial- und Belegungsbindung einhergingen, interessiert, weil sie die öffentlichen Fördergelder brauchte, so ist sie jetzt in der Lage, darauf zu pfeifen. Kapital ist genügend vorhanden, und es muss angelegt werden, ohne Einschränkungen zu unterliegen.

Kritik kommt auch von der anderen Seite mit anderer Zielrichtung, von Mieterinitiativen<sup>2</sup>. Auch im geförderten Wohnungsbau sind inzwischen die Mieten häufig zu hoch. Förderprogramme sichern den Wohnungseigentümern über den gesamten Förderzeitraum eine Eigenkapitalverzinsung von 6,5 % zu, so dass die Miethöhe unmittelbar von der Höhe der staatlichen Subventionierung abhängt. Wird dort reduziert, legen die MieterInnen drauf. Das einzig Feststehende im sozialen Wohnungsbau sind die Erträge der Eigentümer.

### Kämpfe um bezahlbaren Wohnraum

Initiativen für Mieterinteressen und andere Belange der Einkommensschwachen müssen sich in diesem Dickicht zurecht finden und ihre Forderungen an ihre jeweiligen

2 Mietergemeinschaft Kotti & Co. u. a. (Hrsg.), »Nichts läuft hier richtig«, Informationen zum sozialen Wohnungsbau in Berlin, Berlin 2014

Gegebenheiten ausrichten<sup>3</sup>. Allgemein Konsens scheint inzwischen zu sein, für den Neubau von Wohnungen in großen Komplexen zu verlangen, dass wenigstens ein Drittel der Wohneinheiten als Sozialwohnungen ausgewiesen werden. Im Rahmen des Baurechts haben Kommunen diese Möglichkeit, und immer mehr verpflichten sich auch dazu. Natürlich steht der Druck der Realitäten dahinter, die GemeindepolitikerInnen können nicht einfach zuschauen, wie ihnen der Laden um die Ohren fliegt und die Wählerschaft ihnen davon läuft. Eine weitergehende Forderung besteht darin, die Aufhebung der Sozialbindung zu untersagen, Sozialwohnungen also auch über den Förderzeitraum hinaus für immer vor dem freien Markt zu sichern. Solche Regulierungen haben Potenzial, heben jedoch die Macht der Kapitalinteressen nicht auf. Mieterinitiativen sehen sich dann vor die nächste Aufgabe gestellt, darauf zu achten, dass Bestimmungen über Sozialwohnungen, örtliche Mietspiegel u. dgl. auch eingehalten werden.

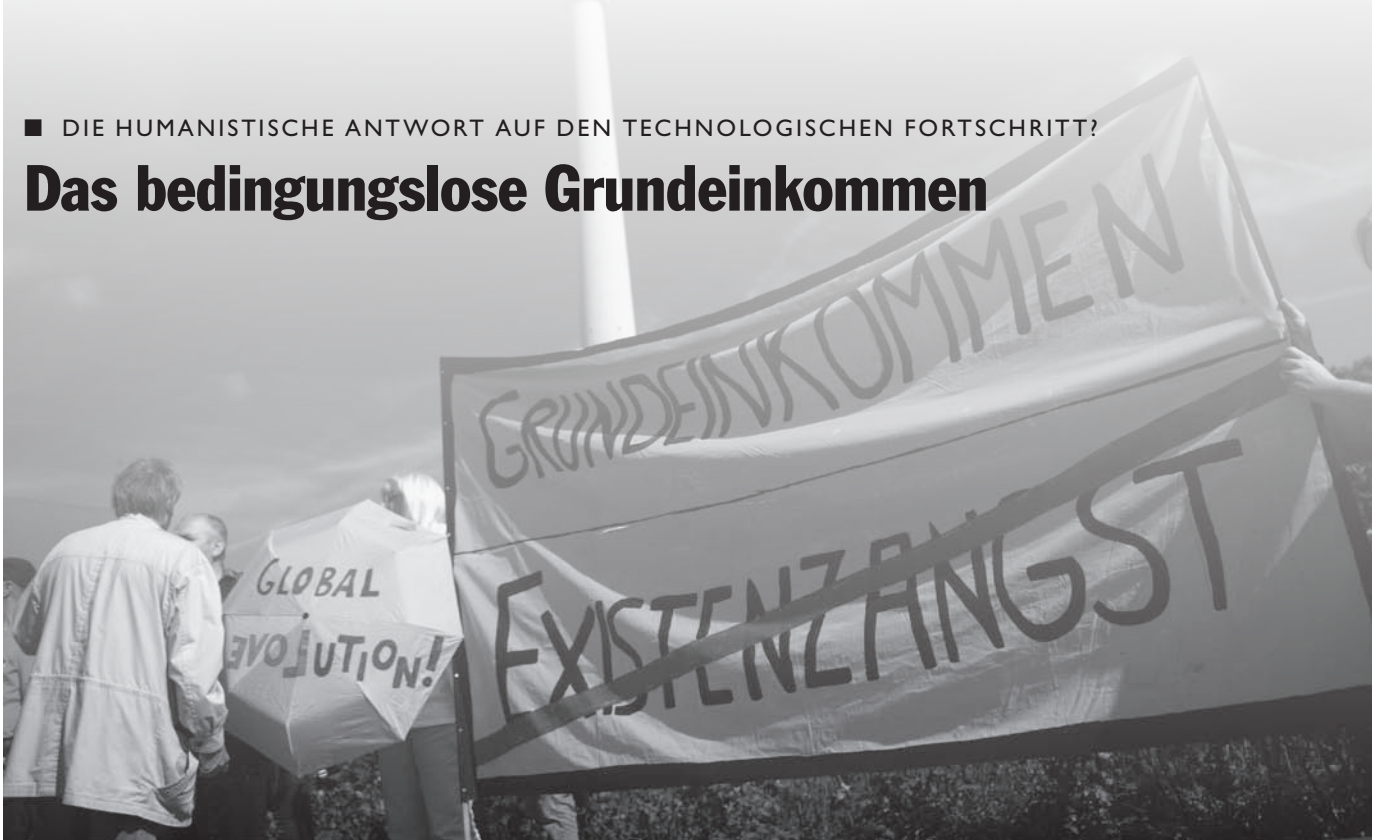
Die allgemeine und wichtigste Forderung ist auf jeden Fall, die Wohnraumbereitstellung (Bau und Vermietung) in die öffentliche Hand (Kommune bzw. kommunale Baugesellschaft, gemeinnützige Baugenossenschaft) zu legen. Für deren Finanzierung müssen die öffentlichen Haushalte gestärkt und das Steuersystem grundlegend umgestellt werden, um Unternehmen und große Vermögen heranzuziehen. Dies erfordert freilich besonders viel Kraft und Mobilisierungsfähigkeit, weshalb auf dem Weg dorthin die anderen hier skizzierten Möglichkeiten im allgemeinen eher zu nutzen sind. Welche politischen Mittel Mieterinitiativen und ihre Verbündeten nutzen – Öffentlichkeitsarbeit mit Veranstaltungen, Presse, Erarbeitung und Bereitstellung von Expertise, Rechtsberatung, Kundgebungen bis hin zu aktiven Kämpfen wie Hausbesetzung –, kann nur jede Initiative selbst nach ihrer politischen Zusammensetzung und ihren Gegebenheiten bestimmen.

8.11.2017 ■

3 Gute, alltagstaugliche Argumente für die politische Auseinandersetzung bietet die Studie »Muss Wohnen immer teurer werden? Mythen und Behauptungen über Wohnen, Miete, Kaufen« von Andrej Holm, zu finden bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung unter [https://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Argumente/lux\\_argu\\_15\\_Wohnen\\_dt\\_06-17.pdf](https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Argumente/lux_argu_15_Wohnen_dt_06-17.pdf)



## Das bedingungslose Grundeinkommen



Seit Jahrzehnten gibt es in vielen, industriell entwickelten Ländern die Idee des sogenannten bedingungslosen Grundeinkommens (bGE). Durch die Protestbewegung gegen die Agenda 2010 wurde das Thema auch hierzulande befördert und machte das bGE als Alternative zu den Hartz 4-Gesetzen bekannt. 2004 schließlich bildete sich das »Netzwerk Grundeinkommen«, das seither in Deutschland Kampagnen zur Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens führt. Danach sollen alle Mitglieder der Gesellschaft unterschiedslos ein individuell garantiertes, ausreichendes und bedingungsloses Grundeinkommen bekommen und das ohne Arbeitszwang und Bedürftigkeitsprüfung.

Bei vielen sozial abgehängten Menschen, bei Erwerbsloseninitiativen, Gewerkschaftsgruppen bei Attac und in Teilen von Parteien findet die Forderung nach einem bGE inzwischen durchaus Widerhall und Anklang.

In der Schweiz hat es im Juni vergangenen Jahres eine Volksabstimmung über die Einführung eines bGE in Höhe von monatlich 2.500.- sfr gegeben, in der das Antragbegehren zwar zurückgewiesen wurde, wo sich aber dennoch zeigte, dass die Forderung in großen Schichten der Bevölkerung nicht unpopulär ist. Insgesamt haben 23,1 Prozent der Wahlberechtigten der Vorlage zugestimmt. Noch interessanter wird es wenn man Einzelergebnisse betrachtet. So stimmten beispielsweise in Basel 36 Prozent, in Bern 40 Prozent für das bGE. Im Jura und im Kanton Waadt gab es drei Gemeinden, welche den Vorschlag angenommen haben. Ebenso in zwei Wahlkreisen in Zürich und in einem in Genf.

Auch hat man mit dem bGE schon experimentiert. So läuft aktuell in Finnland ein Versuch mit 1000 Probanden. Mit maximal 750 Euro monatlich soll das Grundeinkommen Sozialhilfe und Arbeitslosengeld ersetzen. Ähnliche Experimente gab es schon in den Niederlanden, Indien, Namibia, Brasilien, Berlin. Schaut man aber genauer hin, handelt es sich nicht um ein Grundeinkommen und schon gar nicht um ein bedingungsloses, sondern um staatliche Leistungen an Bedürftige.

In den Medien wird das Thema Grundeinkommen selbstverständlich ebenfalls behandelt. Hier fällt auf, dass es nicht einfach als Projekt irgendwelcher Spinner abgetan wird, sondern man setzt sich durchaus ernsthaft mit den

Argumenten der Anhänger und Gegner auseinander. Das mag wahrscheinlich daran liegen, dass nicht nur links orientierte Menschen und Organisationen Gefallen an einem bGE finden, sondern auch Wirtschaftsliberale.

In der Linkspartei propagiert eine eigene Arbeitsgemeinschaft die Idee. Die Parteichefin Katja Kipping selbst vertritt diese Position.

Auf der anderen Seite gibt es Unternehmer, Konservative und liberale Wirtschaftswissenschaftler die für ein bGE eintreten. In der Schweiz ist es der Unternehmer Daniel Häni, der mit das Volksbegehren initiierte und in der BRD der Milliardär und Unternehmer Götz Werner (DM Drogeriemarkt). Auch der ehemalige thüringer Ministerpräsident Dieter Althaus (CDU) ist ein Vertreter dieser Idee. Er vertritt das Konzept des solidarischen Bürgergeldes, das sich auf die Überlegungen des Wirtschaftswissenschaftlers Thomas Straubhaar, der an der Uni Hamburg lehrt, stützt. Auf den ersten Blick erscheint das seltsam. Aber das bedingungslose Grundeinkommen ist das Projekt von neoliberalen Ökonomen. Einer seiner ersten Fürsprecher war der »Erfinder« des Neoliberalismus, Milton Friedman.

Die Salzburger Nachrichten führten nach der schweizer Volksabstimmung mit Daniel Häni ein Interview. Unter Anderem stellten sie die Frage: »*Ideologisch interessant ist, dass das Grundeinkommen Anhänger von links bis rechtsliberal hat. Wieso ist das so?*«

Darauf Häni: »*Weil die eine Seite die andere immer ausblendet. Das Grundeinkommen ist sozial, weil es alle erhalten, und liberal, weil es bedingungslos ausbezahlt wird. Da kommen das soziale Herz und der liberale Verstand zusammen. Das Grundeinkommen ist ein neues Phänomen, eine postideologische Idee und die erste positive Vision des 21. Jahrhunderts, die den Menschen ernst nimmt und ihnen Eigenverantwortung zuspricht.*«

Ähnlich »progressiv« und »menschenfreundlich« gibt sich Unternehmer Götz Werner in Deutschland. In einem TAZ-Interview meinte er schon vor Jahren »*Hartz 4 ist offener Strafvollzug*« und »*die Wirtschaft hat die Aufgabe, die Menschen von der Arbeit zu befreien*«.

Das Grundeinkommen soll also eine postideologische und humane Idee sein. Wenn Kapitalisten ihre Profitideologie hinter sich lassen und sich nur noch dem Humanis-

mus verpflichtet sehen, heißt das für uns, dass wir uns ihre Vorstellungen genauer ansehen sollten.

Auf ihrem Parteitag 2016 hat die Liberale Partei Kanadas eine Resolution zur Unterstützung des Grundeinkommens verabschiedet. Diese Resolution, die »*Armutsreduktion: Minimumeinkommen*« heißt, enthält folgende Begründung: »*Die immer weiter wachsende Lücke zwischen den Reichen und Armen in Kanada wird zu sozialen Unruhen, steigenden Kriminalitätsraten und Gewalt führen...*« und *finanziert werden soll es durch »Einsparungen im Gesundheits- und Gerichtswesen, Bildung und Sozialhilfe sowie die Bildung eigenständiger, steuerzahlender Bürger gleichen die Investition wieder aus.«*

Es geht unter Anderem also auch um Prävention vor sozialen Unruhen. Das ist nicht nur bei den kanadischen Liberalen so, sondern das gilt auch in Europa. So geht der Ökonom Thomas Straubhaar davon aus, dass es dramatische Veränderungen in der Arbeitswelt durch die Digitalisierung geben wird und er meint: »*Das Grundeinkommen nimmt sich dem technologischen Fortschritt an und gibt darauf eine humanistische Antwort.*«

Dramatische Veränderungen in der Arbeitswelt haben die Konsequenz, dass die Widersprüche des kapitalistischen Systems deutlicher sichtbar werden. Daraus könnte sich, so die Befürchtungen der Herrschenden, eine revolutionäre Bewegung entwickeln, die den Kapitalismus grundsätzlich in Frage stellt. Durch das Grundeinkommen soll es, wie es die kanadischen Liberalen in ihrer Resolution ausdrücken, zur Befriedung und Ruhigstellung der lohnabhängigen Mehrheit kommen.

Da das bGE trotz allem auf den ersten Blick eine gewisse Attraktivität ausstrahlt, sollten wir uns die Finanzierungsvorstellungen der einzelnen Protagonisten betrachten.

Die Linkspartei ist in der Diskussion am weitesten. Nach der Auffassung der Arbeitsgemeinschaft bGE soll jeder Bürger 1.080 Euro pro Monat erhalten. Das würde fast eine Billion Euro im Jahr kosten. Um das zu finanzieren, sollen unter anderem alle Steuervorteile und steuerfinanzierte Leistungen gestrichen werden. Diese eingesparten Beträge können zur Finanzierung des Grundeinkommens herangezogen werden. Darüber hinaus erfolgt die Finanzierung durch das ernsthafte Umverteilen des gesellschaftlichen Reichtums. Die Leistungen der Sozialversicherungen sollen weitgehend erhalten bleiben.

Katja Kipping und die ihren sehen in dem bGE ein linkes Projekt im Rahmen einer transformatorischen und emanzipatorischen Veränderung der Gesellschaft. Soweit die Träumereien von Teilen der Linken. Schauen wir uns die Unternehmer- und neoliberalen Vorstellungen zur Finanzierung des Grundeinkommens an. Einheitliche Modelle für ein Grundeinkommen gibt es allerdings bei ihnen nicht. Aber alle haben die Tendenz die Kapitalseite besser zu stellen.

Bei Götz Werner soll das Grundeinkommen rund 1000-Euro betragen (bei 82 Millionen Einwohnern ist das eine Summe von rund 1000 Milliarden. Um dies zu finanzieren will er den Konsum stärker besteuern. Der Milliardär: »*Nur Konsumsteuern sind wirklich sozial gerecht*«. Die Mehrwertsteuer (aktuell 7 und 19 Prozent) soll nach seiner Vorstellung um 50 Prozent (also um 3,5 und 9,5 Prozent) erhöht werden. In Deutschland liegen die Ausgaben für den Konsum bei rund 1800 Milliarden. Durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer würden somit rund 500 Milliarden zusätzlich eingenommen. Alle übrigen Steuern sollen völlig abgeschafft werden (also auch alle Unternehmenssteuern, wie die Reichensteuer, die Gewerbesteuer, die Einkommenssteuer der Kapitalgesellschaften). Der Differenzbetrag von weiteren 500 Milliarden käme zusammen durch Ein-

sparungen der staatlichen Bürokratie und dem Wegfall von Transferleistungen.

Der Ökonom Thomas Straubhaar hingegen möchte die Einkommen stärker belasten und das Grundeinkommen wie einen Freibetrag von der Steuerschuld abziehen. Wer kein Einkommen und deshalb keine Einkommenssteuerschuld hat, soll die Gutschrift ausgezahlt bekommen.

Der ehemalige CDU-Ministerpräsident von Thüringen, Althaus, will, jedem Bürger ohne Bedingungen 800 Euro auszahlen und dafür alle anderen Leistungen wie Arbeitslosengeld, Bafög, Kindergeld und anderes zu streichen. Er nennt das »*Solidarisches Bürgergeld*«. Einkommen bis 1.600 Euro würden mit 50 Prozent versteuert, Einkommen über 1.600 Euro mit 25 Prozent. Für die Finanzierung der Kranken und Pflegeversicherung müsste jeder Bürger 200 Euro abführen.

Sehr wenig findet man zum Thema Sozialversicherungen. Teile der neoliberalen Befürworter des Grundeinkommens gehen davon aus, dass diese teilweise oder sogar ganz wegfallen. Götz Werner antwortet auf die Frage ob mit dem Grundeinkommen alle anderen Sozial- und Transferleistungen wegfallen würden mit »*Nein, die werden angerechnet. Das Sozialgesetzbuch ist eine Errungenschaft, die über hundert Jahre erkämpft und errungen wurde. Das würde ich in keinem Fall abschaffen. Ich stelle mir das Grundeinkommen wie eine Art Flatrate vor. Wem nach dem Sozialgesetz ohnehin mehr zusteht, der bekommt auch mehr*«.

Bei allen Modellen würden übrigens die sogenannten Lohnnebenkosten, teilweise oder sogar ganz verschwinden.

Man muss kein Detailwissen zu den einzelnen Grundeinkommen-Modellen der neoliberalen Befürworter haben um zu erkennen, dass sie sich alle innerhalb ihrer ideologischen Schranken bewegen. Schon immer haben sie den »*Bürokratieabbau*« und den »*schlanken Staat*« gepredigt. Die Einführung eines Grundeinkommens wäre ein großer Schritt in diese Richtung – und ein erster Schritt zum Ende des Sozialstaats. Denn konsequent zu Ende gedacht, könnten am Ende alle Sozialversicherungen zerschlagen sein und alle sozialpolitisch begründeten Regulierung des Arbeitsmarktes, bis hin zum Kündigungsschutz, gestrichen werden. Der Ökonom Straubhaar kündigt es in einem Interview mit der Zeitschrift Capital so an: »*Das Grundeinkommen ersetzt den heutigen Sozialstaat im Prinzip vollständig. Gesetzliche Altersabsicherung, Krankenversicherung und Arbeitslosenversicherung werden abgeschafft. Wer etwas haben möchte über das Grundeinkommen hinaus, muss sich selbst privat versichern*«.

Das Modell des bGE einer Katja Kipping und das eines Thomas Straubhaar oder Götz Werner haben nur wenig gemeinsam. Während Kipping in der Durchsetzung des Grundeinkommens eine antikapitalistische Perspektive sieht, sehen Götz Werner, Straubhaar und Co darin die Möglichkeit der massiven finanziellen Entlastung der Kapitalisten. Was linke Anhänger eines Grundeinkommens offensichtlich vergessen ist, dass selbst wenn es ein Grundeinkommen für alle gäbe, der Kapitalismus noch immer bestehen würde. Das heißt, die reale Macht läge noch immer in den Händen der Bourgeoisie, der herrschenden Klasse. Und diese Macht wird sie nicht freiwillig aufgeben. Doch ein Grundeinkommen, das tatsächlich bedingungslos in einer wirklich existenzsichernden Höhe gewährt würde, würde die reale Macht der Kapitalisten erheblich einschränken.

Karl Marx schreibt im ersten Band des Kapitals: »*Zur Verwandlung von Geld in Kapital muß der Geldbesitzer also den freien Arbeiter auf dem Warenmarkt vorfinden, frei in dem Doppelsinn, dass er als freie Person über seine Arbeitskraft als seine Ware verfügt, dass er andererseits andere Waren nicht zu verkaufen hat, los und ledig, frei ist von allen*

zur Verwirklichung seiner Arbeitskraft nötigen Sachen«. Der Geldbesitzer muss(!) den Arbeiter, der nur über seine Arbeitskraft verfügt auf dem Arbeitskraft vorfinden. Das ist mit einer Voraussetzung für die kapitalistische Produktionsweise. Oder anders ausgedrückt, der Arbeiter muss gezwungen sein zu arbeiten, will er überleben.

Was aber würde geschehen, wenn die Menschen tatsächlich über ein wirkliches bedingungsloses Grundeinkommen verfügen würden? Katja Kipping beantwortet die Frage so: »Wenn Kapitalismus geprägt ist durch den existenziellen Zwang zum Verkauf der Ware Arbeitskraft zwecks Reproduktion des Kapitals durch Lohnarbeit, dann lockert das Grundeinkommen diesen Zwang enorm«.

Aber das ist genau der springende Punkt, warum die herrschende Klasse ein wirklich bedingungsloses Grundeinkommen niemals zulassen würde. Sie braucht den Lohnabhängigen, der gezwungen ist seine Ware Arbeitskraft zu verkaufen, will er überleben.

Durch ein Grundeinkommen würde allerdings Eines nicht geschehen, was bürgerliche Kritiker des Grundeinkommens befürchten und es aus diesem Grunde ablehnen, nämlich dass eine Mehrheit der Bevölkerung nicht mehr arbeiten würden, sollte sie bedingungslos eine existenzsichernde Grundsicherung erhalten. Sie vergessen dabei, dass Arbeit mehr ist als nur Broterwerb.

Friedrich Engels sagt es in seiner Schrift »Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen« so: »Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums, sagen die politischen Ökonomen...Aber sie ist noch unendlich mehr als dies. Sie ist die erste Grundbedingung alles menschlichen Lebens und zwar in einem solchen Grade, dass wir in gewissem Sinn sagen müssen: Sie hat den Menschen selbst geschaffen«.

Die Arbeit ist also auch ein menschliches Grundbedürfnis. Das zeigt sich auch an Umfragen. So stellte eine Bertelsmann-Studie 2015 fest, dass mehr als 70 Prozent der Befragten immer die Arbeit bevorzugen würden, selbst wenn das Arbeitslosengeld noch so hoch wäre. Auch ist eine Mehrheit von 67 Prozent tendenziell zufrieden mit ihrer Arbeit.

Aber es gibt auch unzufriedene. Die Gründe die sie für ihre Unzufriedenheit haben liegen in der Entlohnung, im Arbeitsklima, am Stress und an fehlenden Entwicklungsmöglichkeiten. Mit großer Sicherheit finden wir diese unzufriedenen Lohnabhängigen im Niedriglohnbereich, kurz

im Bereich der prekären Beschäftigung. Mehr als 20 Prozent aller Arbeitsplätze in der BRD sind prekär. Für diesen Bereich würde schon zutreffen, dass ein Grundeinkommen den Zwang, ein solches Arbeitsverhältnis einzugehen, »**enorm lockert**«, wie Kipping sagt. Sicherlich wären sehr viele Arbeiter und Angestellte nicht mehr bereit unter prekären Bedingungen zu arbeiten, wenn ihnen 1080 Euro Grundeinkommen zur Verfügung stehen würden.

Damit hätten die Unternehmer dann ein Problem. Der vorhandene Niedriglohnsektor stände vollständig zur Disposition. Ein Umstand, den weder die Politik noch die Unternehmer zulassen werden. Trägt doch gerade dieser Sektor dazu bei, dass die deutsche Industrie ringsum alles nieder konkurrieren kann.

Deshalb wird es ein Grundeinkommen, wie es sich Teile der Linken vorstellen nicht geben. Sie sagen auch nicht, wie sie das bGE durchsetzen wollen. Dabei ist sicher, auf parlamentarischem Wege wird das nicht geschehen. Dazu wären vielmehr Klassenkämpfe in einem noch nicht dagewesenen Ausmaße von Nöten. Es ist derzeit aber weit und breit keine Kraft sichtbar, die diese Aufgabe stemmen könnte.

Wir wissen heute noch nicht wie sich die kapitalistische Ökonomie in der Zukunft entwickelt. Es ist ja nicht nur der Ökonom Straubhaar, der dramatische Veränderungen in der Arbeitswelt durch die Digitalisierung der Industrie prognostiziert. Auch die Linke muss von großen Arbeitsplatz-einbussen durch die Rationalisierungswelle im Zusammenhang mit der Industrie 4.0 ausgehen. Das Straubhaar'sche Modell eines Grundeinkommen könnte den Herrschenden als Lösung eines Teils ihrer Probleme dienen.

Sollten sie deshalb irgendwann bereit sein ein neoliberales Grundeinkommen einzuführen, dann wird es eben kein bedingungsloses sei. Irgendwie wird man schon erreichen, dass der Zwang, auch eine prekäre Arbeit anzunehmen, Bestandteil eines solchen Grundeinkommen-Modells ist. Dabei ist vieles vorstellbar – von einem Kombilohn bis zu anderen staatlichen Leistungen für Bedürftige.

Für die Herrschenden hierzulande könnte sich ein solches »Grundeinkommen« durchaus rechnen. Der Sozialstaat ist abgeschafft, die Profite sprudeln, die Proleten sind ruhiggestellt und die Reichtumsverteilung kein Thema mehr im gesellschaftlichen Diskurs.

Referat der Gruppe Arbeiterstimme  
auf deren Jahreskonferenz

## ■ ZUR DISKUSSION UM DAS GRUNDEINKOMMEN

### Wie können durchsetzbare Forderungen gegenwärtig aussehen?

Der Artikel »Das bedingungslose Grundeinkommen – die humanistische Antwort auf den technologischen Fortschritt?« gibt eine zutreffende, logisch aufgebaute und gut nachvollziehbare Darstellung zum Thema in seinen beiden klassenmäßig unterschiedenen Grundpositionen. Es wird gezeigt, dass das bedingungslose Grundeinkommen

- für Neoliberale die Bedeutung von Lohnsubvention für das Kapital sowie Verbilligung und Rationalisierung des Sozialstaats hat,
- für antikapitalistische Linke eine von diesen selbst betriebene Desorientierung hinsichtlich einer vermeintlichen Stärkung der Kampfkraft der Arbeiterklasse darstellt; diese Vorstellung kann bis hin zu einem allmählichen »Hinübergleiten in den Sozialismus« gehen (als sei das bedingungslose Grundeinkommen ein Wundermittel zur Abschaffung der Lohnarbeit und nicht

umgekehrt die Lohnarbeit die Voraussetzung zur Finanzierung des bedingungslosen Grundeinkommens).

Dem ist uneingeschränkt zuzustimmen. Darüber hinaus stellt sich aber die Frage, worauf denn die Linken (Parteilinke, sozialpolitisch engagierte Bewegungslinke, GewerkschafterInnen, KommunistInnen) orientieren sollten, wenn es um die Frage der sozialen Grundsicherung geht. Statt abstrakten und illusionären Modellvorstellungen in Verbindung mit dem bedingungslosen Grundeinkommen nachzujagen (mit den im Artikel beschriebenen Folgen), ist es notwendig, sich mit der konkreten Sozialpolitik im Kapitalismus der BRD auseinanderzusetzen und realistische, den gegenwärtigen Verhältnissen angemessene strategische Vorstellungen zu entwickeln. Um das anschaulich zu machen, werden im Folgenden einige Forderungen genannt

und mit Zahlenbeispielen (aus dem Wahlprogramm der Partei DIE LINKE, PDL, und dem Forderungskatalog des Rhein-Main-Bündnisses gegen Sozialabbau und Billiglöhne, RMB) illustriert:

- spürbare Erhöhung des Mindestlohns (PDL: 12 Euro brutto, RMB: 11 Euro lohnsteuerfrei);
- spürbare Erhöhung des Regelsatzes Hartz IV (RMB 600 Euro, Streichung aller Sanktionen mit disziplinierendem und schikanösem Charakter, Orientierung an der Rechtsstellung von Erwerbslosen im SGB III, keine Abschaffung der Bedürftigkeitsprüfung = im Kapitalismus nicht möglich) – das PDL-Wahlprogramm spricht statt dessen von der Ersetzung von Hartz IV durch eine Grundsicherung in Höhe von 1050 Euro;
- spürbare Erhöhung der Altersrente (PDL: 53 % des Bruttolohns, RMB: 70 % des Nettolohns = ca. 56 % bis 59 % des Bruttolohns), Einführung einer Mindestrente (PDL: 1050 Euro, RMB ebenfalls 1050 Euro), früherer Renteneintritt (RMB: 60 Jahre), Einbeziehung aller Erwerbstätigen in die gesetzliche Rentenversicherung;
- Krankenversicherung: Wiederherstellung der Parität, Abschaffung der Zuzahlungen und IGEL-Leistungen, Bürgerversicherung.

Angesichts der Angriffe des Kapitals und der Haltung der DGB-Führung ist es von entscheidender Bedeutung, Forderungen zu entwickeln, die bei unterschiedlichen Beträgen die gemeinsamen Interessen von Erwerbslosen und Be-

schäftigten gegen das Kapital ausdrücken. Es kann daher kein unterschiedslos für Beschäftigte und Erwerbslose geltendes Grundeinkommen geben.

Die beschäftigten Lohnarbeiterinnen stellen nicht nur die Güter her, die sie und alle Menschen für ihr tägliches Leben brauchen, sie können auch den Prozess der Kapitalverwertung an empfindlichen Stellen treffen. Ihre Durchsetzungskraft ist daher unbestreitbar stärker als die der Erwerbslosen. Die Masse der Erwerbslosen strebt hier und heute trotz aller Unzufriedenheit mit Lohnarbeit nicht an, sich dauerhaft aus ihr zu verabschieden. Das bedingungslose Grundeinkommen kann keine verbindende Forderung sein, weil es die Interessen einer Minderheit von Erwerbslosen gegen die Gesamtheit der Lohnabhängigen ausspielt. Daher müssen gemeinsame Forderungen ausdrücken, dass

a) die Erwerbslosen ein Recht auf Existenzsicherung und Teilnahme am gesellschaftlichen Leben haben,

b) die Beschäftigten ein Recht auf materielle und moralische Anerkennung ihrer Tätigkeit und Leistung haben.

Nur so kann solidarisches Handeln zwischen Beschäftigten und Erwerbslosen zustande kommen. Deshalb setzen die hier beispielhaft genannten Forderungen an den heutigen Realitäten des Sozialstaats an, um sie weiterzuentwickeln und damit bessere Bedingungen für das Leben der Lohnabhängigen (die in Erwerbsarbeit und die in Erwerbslosigkeit) und den Klassenkampf gegen das Kapital vorzubereiten.

F/HU, 9.11.2017 ■

## DOKUMENTIERT:

### ver.di-Jugend NRW zur Kriminalisierung der G-20 Proteste

**Liebe KollegInnen**, im Rahmen der heutigen Grobrazzia gegen Links wurden heute früh 6 Wohnungen von ver.di KollegInnen durchsucht. Die Polizei drang um 6:00 Uhr früh in die privaten Wohnungen der KollegInnen und ihrer Familien ein, es wurden Handys, Laptops und weitere private Gegenstände beschlagnahmt. Das ist der nächste Schritt im Prozess gegen Fabio V. und die anderen Anti-G20-Demonstranten.

Wir schicken euch zur weiteren Information die Presseerklärung des Bündnisses »Grundrechte verteidigen!«, die wir mit verfasst haben. Bitte verbreitet die Erklärung und zeigt euch solidarisch!

Nils Jansen, Mitglied im geschäftsführenden Jugendvorstand der ver.di Jugend NRW-Süd

#### **Hausdurchsuchungen bei SprecherInnen des Bündnis »Grundrechte verteidigen!« und GewerkschafterInnen**

Der Koordinierungskreis des Bündnis »Grundrechte verteidigen« verurteilt die bundesweiten Hausdurchsuchungen gegen die Anti-G20-DemonstrantInnen. Unter den Durchsuchten befinden sich auch die beiden SprecherInnen unseres Bündnisses, Julia Kaufmann und Nils Jansen.

Dazu Julia Kaufmann Mitglied im Vorstand der ver.di Jugend NRW-Süd und Sprecherin des Bündnis »Grundrechte verteidigen«: »Während des G20-Gipfels hat die deutsche Polizei richterlich genehmigte Camps schikaniert, angemeldete Demonstrationen rechtswidrig aufgelöst, Busse mit Jugendlichen entführt und zugelassenen Journalisten die Akkreditierung entzogen. Um diese Angriffe auf die Demonstrations- und Pressefreiheit zu rechtfertigen, versucht sie nun, uns per Hausdurchsuchungen als gefährliche Kriminelle darzustellen. Doch kriminell ist die Einschränkung

unserer Grundrechte und die Politik der G20 – nicht der Protest dagegen.«

Hintergrund der Durchsuchungen ist eine Demonstration am Hamburger Rondenbarg, die von der Polizei brutal aufgelöst wurde. Insgesamt waren acht Krankenwagen vor Ort nötig, um die Verletzten zu versorgen. Die Polizei wirft den dort in Gewahrsam genommenen Personen vor, gemeinsam »schweren Landfriedensbruch« geplant zu haben.

#### **Die Polizei versucht aus der Defensive herauszukommen**

Ein erstes Verfahren in diesem Fall gegen den jungen Italiener Fabio V. hat bundesweit für Medienaufmerksamkeit gesorgt. So war der Jugendliche 4 ½ Monate in Untersuchungshaft gehalten worden, ohne dass ihm eine konkrete Gewalthandlung zur Last gelegt wurde.

Dazu Nils Jansen: »Schon im ersten Rondenbarg-Prozess ist die Polizei immer weiter in Erklärungsnot geraten. Die aktuellen Hausdurchsuchungen sind ein Versuch, aus dieser Defensive herauszukommen. Die Polizei versucht, die dortige politische Demonstration als Aufmarsch von Hooligans darzustellen. Das Vorgehen der Polizei zielt darauf ab, in Zukunft jeden Demonstranten für Eskalationen bei Demonstrationen verantwortlich zu machen – auch wenn er selbst gar nicht beteiligt war, oder die Eskalation von der Polizei ausging. Von dieser repressiven Entwicklung sind alle betroffen, die vorhaben, sich irgendwann einmal an Demonstrationen zu beteiligen. Die Hausdurchsuchungen reißen sich ein in einen Generalangriff auf demokratische Rechte in der BRD.«

Unser Bündnis »Grundrechte verteidigen« steht solidarisch an der Seite der von den Durchsuchungen betroffenen Menschen. Weitere Informationen über unsere geplante Aktivitäten folgen.



■ DIE SOWJETUNION IN DER NACHKRIEGSZEIT BIS ZUR MITTE DER SECHZIGER JAHRE

## Sozialismus als Weltsystem im »Kalten Krieg«, Aufgabe der »Entstalinisierung«

Die nächsten drängenden Aufgaben ergaben sich aus der Lage unmittelbar am Kriegsende. Die Nöte der Menschen in der Ernährung und der Ausstattung mit Wohnraum mussten so schnell wie möglich behoben werden. Darüber hinaus waren Perspektiven eines angenehmeren Lebens, höherer Bildung, umfassender Gesundheitsversorgung zu entwickeln. In der Wirtschaft ging es um die unmittelbare Stärkung des Konsumgütersektors, langfristig aber wieder um die Förderung des Produktionsgüterbereichs, damit die kurzfristigen Erfolge Bestand haben konnten. Erneut hatte die Landwirtschaft die Aufgaben, die Bevölkerung zu ernähren, kollektive Produktionsmethoden weiterzuentwickeln und ein Mehrprodukt zu erwirtschaften, das zum weiteren Industrieaufbau eingesetzt werden konnte. In der Außenpolitik stand die Sowjetunion vor der neuen Situation, ein Lager verbündeter Staaten gleicher Gesellschaftsordnung aufzubauen und abzusichern und sich in der Führung dieses Teils der Welt als neue Weltmacht und Gegenspieler der USA zu bewähren. Nach Wiederaufbau, Erweiterung und Konsolidierung des sozialistischen Territoriums stand die Sowjetunion in den fünfziger und sechziger Jahren vor zwei zentralen Fragen: Wie umgehen mit dem Erbe des Stalinismus? Wie weiter mit dem Aufbau des Sozialismus?

### Wiederaufbau des ganzen Landes

Es gibt kaum einen größeren Kontrast als die unterschiedlichen Lage der Sowjetunion und der Vormacht des Westens, der USA, nach dem Zweiten Weltkrieg. Gelitten hatten auch die amerikanischen Menschen, die als Soldaten am Krieg teilgenommen oder die Angehörige verloren hatten, doch die Wirtschaft hatte das Bruttosozialprodukt verdoppelt, das Kapital mit Rüstungsproduktion und Exporten im Lend-Lease-Verfahren große Profite gemacht. In der Sowjetunion dagegen sah es in weiten Teilen des europäischen Russlands, der Ukraine, von Belorussland u. a. schlimmer aus als in vielen Ländern Europas und selbst im besiegten Deutschland. Die »Strategie der verbrannten Erde« der deutschen Invasoren und ihrer Verbündeten hat-

te ganze Arbeit geleistet. Ihr Zweck war nicht nur gewesen, dem sowjetischen Militär Ressourcen zu entziehen, sondern der Bevölkerung das Überleben und den Wiederaufbau so schwer wie möglich zu machen.

Zerstört oder vernichtet waren 31.850 Industriebetriebe (ein Drittel der zivilen Produktionsanlagen), 24 % der vor dem Krieg bestellten Ackerfläche, ein Drittel des für die Ernährung wichtigen Rinderbestandes, unzählige Straßen, Brücken und Schienen, 1710 Städte mit 1,2 Mio. und 70.000 Dörfer mit 3,5 Mio. Häusern. Ganze Regionen glichen Trümmerfeldern, vielfach mussten die Menschen in Erdlöchern hausen. Es fehlten Nahrungsmittel, Wohnungen, Produktionsanlagen, Nutz- und Zugtiere, Verkehrs- und Transportmittel. In dieser schwierigen Lage hätte das Land äußere Hilfe dringend gebraucht. Doch wenige Monate nach der deutschen Kapitulation stellten die USA das Lend-Lease-Verfahren ein. Die politischen Kommentare hierzu, dass man nicht daran denke, den künftigen weltpolitischen Gegenspieler aufzupäppeln, gehörten zu den ersten Äußerungen des »Kalten Krieges« in den USA.

Ihrerseits bediente sich die Sowjetunion in ihrer Besatzungszone in Deutschland und auch in osteuropäischen Ländern, deren herrschende Klassen oft bis zuletzt ihre Feinde gewesen waren. Gestützt auf den Sieg der Roten Armee errichtete sie dort nach und nach Regierungen, die ihre Länder auf die gesellschaftliche Umwälzung vorbereiten sollten. Kommunistisch geführte Umstürze folgten nach und nach in den späten vierziger Jahren. Die Notlage in der Sowjetunion erforderte jedenfalls einen raschen Ersatz von Produktionsanlagen. Im Kern kamen hierfür jedoch nur die deutsche Besatzungszone und die westliche Tschechoslowakei als hoch entwickelte Industriegebiete in Frage. Mehrere tausend Fabriken, darunter hochmoderne Anlagen wie die der Carl-Zeiss-Werke in Jena, wurden mit etwa 12.000 Zügen abtransportiert.

Viel diskutiert wurde die Frage, wie groß der wirtschaftliche Nutzen dieser Demontagen für die Sowjetunion wirklich war und inwiefern sie ihren Wiederaufbau diesem Raubbau zu verdanken hatte. Exakt berechnen lässt sich das nicht, Schätzungen belaufen sich auf etwa 10 %

aller staatlichen Investitionen der Jahre 1945/46 bzw. auf 10 Mrd. \$ (in Preisen von 1938)<sup>1</sup>. Auch wenn dieser äußere Beitrag materiell nicht unbedeutend war, so war er doch nur ein zusätzlicher Faktor; im Wesentlichen geschah der Wiederaufbau aus eigener Kraft. Der Vorkriegsstand wurde in zentralen Bereichen schon nach wenigen Jahren deutlich übertroffen.

**Entwicklung wichtiger ökonomischer Kennziffern im vierten Fünfjahresplan 1946-1950 (in % zu 1940):**

	1940	1945	1950	1950
			<i>Plan</i>	<i>tatsächlich</i>
Nationaleinkommen (Index)	100	83	138	164
Bruttoindustrieproduktion	100	92	148	173
Produktionsgüter	100	–	112	205
Konsumgüter	100	–	59	123
Bruttolandwirtschaftsproduktion	100	60	127	99

Quelle: Hildermeier, a. a. O., S. 691

Dennoch hinkte die Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern hinterher. Das Sorgenkind war und blieb die Landwirtschaft, die schon in den Aufbaujahren der Industrialisierung die Hauptlast der Erwirtschaftung des dafür gesellschaftlich notwendigen Mehrprodukts (»Weiße Flecken«, S. 6-8) getragen hatte. Im Krieg hatten die deutschen Invasoren ausgerechnet in der zentralen Kornkammer der Sowjetunion, der Ukraine, besonders schlimm gewütet. Die materiellen Schäden und der Blutzoll der Dorfbewohner waren größer als in den Städten und der Arbeiterschaft. Anfang 1946 gab es, verglichen mit der Vorkriegssituation, ca. 60 % weniger arbeitsfähige Männer in den Kolchosen. 1946 kam noch eine der schlimmsten Dürrekatastrophen seit Menschengedenken hinzu.

Die Mechanisierung der Agrarproduktion wurde wieder angekurbelt. Die Kolchosen wurden umorganisiert, tendenziell zentralisiert und an Zahl drastisch vermindert (von 1940 = 236.900 auf 1953 = 93.300). Das traditionelle russische Dorf verschwand darin. Man betrieb Neulandgewinnung in großem Stil vor allem in Regionen im Südosten der Sowjetunion. Die Steppe, die man da unter den Pflug nehmen wollte, war dadurch gekennzeichnet, dass Frostperioden lange anhalten konnten, aber Dürreperioden nicht selten waren. Anfangs sahen die Ergebnisse recht gut aus. Auf Dauer zeigte sich aber doch, wie schwierig es war, hier der Natur etwas abzurufen.

Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion zeigt die Tabelle »Agrarproduktion 1940-50«. 1950 konnte der Vorkriegsstand in der Summe gerade mal wiederhergestellt werden. Einzelne Ausreißer wie die Baumwollproduktion im nicht vom Krieg betroffenen Usbekistan verzerren jedoch das Gesamtbild. Auffällig ist, dass beim Grundnahrungsmittel Kartoffeln ein Wachstum erzielt werden konnte und bei Milch der Einbruch wenigstens nicht sehr stark war. Insgesamt aber blieb die Landwirtschaft belastet durch die immer noch dreifach gestellte Aufgabe, »überschüssige« Arbeitskraft an die Industrie abzugeben, gleichzeitig die Ernährungsproduktion zu vermehren und Gewinne für Investitionen in andere gesellschaftliche Bereiche zu erwirtschaften.

<sup>1</sup> Manfred Hildermeier, Geschichte der Sowjetunion 1917 – 1991, München 1998, S. 689

**Agrarproduktion 1940-1950**

	1940	1946-1950 (Jahresmittel)	1950
Gesamtproduktion der Landwirtschaft – (Preise von 1965), Mrd. Rubel	39,6	35,7	39,3
Getreide, Mio. t	95,6	64,8	81,2
Rohbaumwolle, Mio. t	2,24	2,32	3,54
Zuckerrüben, Mio. t	18,0	13,5	20,8
Sonnenblumen, Mio. t	2,64	1,55	1,80
Flachsfasern, Tsd. t	349	225	255
Kartoffeln, Mio. t	76,1	80,7	88,6
Gemüse, Mio. t	13,7	11,4	9,3
Fleisch, Mio. t Schlachtgewicht	4,7	3,5	4,9
Milch, Mio. t	33,6	32,3	35,3
Eier, Mrd. Stück	12,2	7,5	11,7
Wolle, Tsd. t	161	147	180

Quelle: Hildermeier, a. a. O., S. 697

Immerhin verbesserte sich die Lebenslage der Bevölkerung in bescheidenem Ausmaß. Während des Krieges war die Rüstungsproduktion der Sektor, der alle anderen dominieren musste, nach Kriegsende erreichten zivile industrielle Investitionen und soziokulturelle Maßnahmen wie der Bau von Schulen, Theatern, Versammlungsräumen, auch Sozialleistungen wieder ihren alten Umfang. Die staatlichen Läden und die der Kolchosen füllten sich wieder zu bezahlbaren Preisen. Die 1941 wiedereingeführte Rationierung mit Bezugscheinen auf Lebensmittel musste wegen der Missernte von 1946 noch einmal verlängert werden, konnte im Dezember 1947 aber endgültig aufgehoben werden.

**Entwicklung der Partei**

Die zentrale Rolle der Partei, die ab 1952 KPdSU hieß, und insbesondere die Stalins (Weiße Flecken S. 20f.) in Gesellschaft und Regierungssystem der Sowjetunion setzte sich nach Kriegsende fort. Ihre führenden Gremien stellten das regierende Personal und bestimmten die Grundsätze der Politik. In die zweite Reihe nach Stalin traten nun Männer, die die nächste Periode repräsentierten: Berija, Malenkov, Mikojan, Bulganin, Chruschtschow u. a. Immer noch gab es Prozesse und »Säuberungen«, um die politische Strategie zu vereinheitlichen. Es gab Einschüchterungen und Karrierebrüche in den oberen Rängen der Funktionäre. Schlimmer waren Massenverhaftungen, die dazu führten, dass die Lager 1950 wieder die Höchstzahl von 2,5 Mio. Häftlingen wie 1934 erreichten. Das alles war aber nicht mehr der blutige Massenterror der dreißiger Jahre. Von den oberen Etagen abgesehen blieben Partei- und Staatsapparate weitgehend intakt. Denunziation war keine allgegenwärtige Bedrohung mehr.

Die Mitgliederstatistik der Partei zeigte ein Wachstum von 5,76 Mio. (1945) über 5,51 Mio. (1946) auf 6,34 Mio. (1950) und 6,9 Mio. (1953). Die Sozialstruktur der Mitgliedschaft passte sich der Weiterentwicklung der Gesellschaft an. Fast dreiviertel der Mitglieder waren nach 1941, also nach dem deutschen Überfall eingetreten. Einfache Arbeiter und Bauern wurden schon durch die Betonung des Klassenstandpunkts gefördert. Einschneidende Veränderungen gab es im Bildungsniveau. 1947 konnten 6,3 % der Mitgliedschaft einen Hochschulabschluss vorweisen (vor

dem Krieg: 5,1 %). 20,5 % hatten immerhin eine »Mittelschule« besucht (vor dem Krieg: 14,2 %). Eine besondere Rolle spielten die »wissenschaftlich-technischen Arbeiter« (Ingenieure). Sie standen für das Fortschrittsversprechen des Sozialismus, zählten zur »Intelligenz« und stiegen vermehrt in die Führungspositionen der Partei auf. 1939 befanden sich unter den Delegierten des 18. Parteitag 26,5 % Hochschulabsolventen, 1952 (19. Parteitag) waren es schon 56 % (darunter vor allem Vertreter der Ingenieurwissenschaften).

## Aufbau des sozialistischen Lagers

In den »Internationalen Monatlichen Übersichten« Nr. 8<sup>2</sup>, März 1947, erschien die Aufforderung an die Sowjetunion, zu den friedenspolitischen Grundsätzen Lenins zurückzukehren. Die UdSSR von 1947 sei nicht mehr das revolutionäre Russland von 1917. Sie stehe außenpolitisch als gefestigte Großmacht da. Daher handele es sich nicht um eine »einfache Rückkehr« zu 1917, sondern »Rückkehr auf höherer Stufenleiter«, so dass sie sehr viel wirkungsvoller gegen die Feinde wie zur Gewinnung der Arbeiterklassen in den imperialistischen Ländern sein könne. Diese gegenwartspolitische Forderung der Exilierten auf Kuba, der sie mit ihren geringen Mitteln freilich keinen Nachdruck verleihen konnten, erscheint aus heutigem Rückblick nicht falsch, aber abstrakt: Die Stalin-Führung ließ sich auf diesen in ihrer Sichtweise riskanten Weg selbstverständlich nicht ein, sondern folgte dem Kurs der staatlichen Machtpolitik, der sie auf den Stand einer Weltmacht gebracht hatte. Wie andererseits Heinrich Brandler schon im Oktober 1944 bemerkt hatte, könne »(n)iemand ... von Stalin verlangen, dass er im Koalitionskrieg die kommunistische Fahne voranträgt«. Es sei nicht möglich, dass « ... die russische Armee die Revolution in irgendeinem Lande machen soll ... »<sup>3</sup>.

Nach dem Krieg führte jede Siegermacht in dem von ihr kontrollierten Teil Europas und der Welt die von ihr selbst repräsentierte Gesellschaftsform ein. Dies hatte sich schon längst in Worten und Taten der Politiker und Militärs abgezeichnet. Das Interesse der Sowjetunion an Osteuropa bis zur Elbe war zu dieser Zeit vorrangig globalstrategisch als Sicherung gegen einen erneuten Angriff ausgerichtet. Dennoch war klar, dass die Aufteilung in Interessensphären auch die gesellschaftspolitische Umgestaltung benötigen würde. Deshalb lehnte die Sowjetunion den sogenannten Marshall-Plan, also die Kreditierung des Wiederaufbaus im zerstörten Europa durch die USA, wegen der daran geknüpften Bedingungen (freie kapitalistische Märkte, bürgerliche Demokratie für alle politischen Kräfte) für sich selbst und die osteuropäischen Staaten ab.

Für die USA waren die Marshall-Plan-Kredite keine karitativen Hilfen an die Notleidenden der Welt, sondern ökonomisches Mittel, um den mit dem Ende der »Kriegswirtschaft« entstehenden Exportüberschuss absetzen zu können, und politische Strategie des beginnenden »Kalten Krieges«, um Westeuropa zu stabilisieren, die Ausbreitung einer sozialistischen Revolution zu verhindern, die Unterordnung der westeuropäischen Staaten und Kapitale unter amerikanische Führung und amerikanisches Kapital zu sichern und Westeuropa als Aufmarschlagern gegen die Sowjetunion zu nutzen.

Natürlich erkannte die sowjetische Führung diese Absichten und steuerte mit entsprechenden Strategien dagegen. Doch es genügte nicht, im eigenen mit militärischen

Mitteln gesicherten Bereich den revolutionären Kräften freie Hand zu lassen, bis sie sich soweit entwickelt hatten, die Macht in ihren Ländern zu übernehmen und die Umgestaltung zum Sozialismus selbst vorzunehmen. Dafür waren sie in den meisten Ländern vor dem Hintergrund kapitalistisch-industriell vergleichsweise rückständiger Verhältnisse zu schwach. Deshalb musste die Besatzungsmacht selbst die Initiativen vorgeben. Zwangsläufig kam es damit auch dazu, dass russische Vorstellungen bestimmend und auch in den wenigen industriell entwickelten Gebieten wie der späteren DDR und dem Westen der Tschechoslowakei Alternativen nicht zugelassen wurden. Bei aller Kritik im Einzelnen zur damaligen Zeit und später war es objektiv das historische Verdienst der Sowjetunion, die alten herrschenden Klassen – Kapitalisten und Großgrundbesitzer – in Osteuropa bis zur Elbe gestürzt und in diesen Ländern den sozialistischen Aufbau eingeleitet zu haben.

Die Maßnahmen der Besatzungsmacht und ihrer jeweiligen Verbündeten in den osteuropäischen Ländern richteten sich also nach diesen allgemeinen Voraussetzungen und den jeweiligen konkreten Bedingungen. Zentral war vor allem die Deutschland-Politik. Hier ging es darum, den Hauptfeind des letzten Krieges ein- für allemal auszuschalten, mit der Beseitigung des Kapitalismus hier die Wurzeln des Faschismus auszureißen und für die zu erwartende Konfrontation mit dem imperialistischen Westen ein wichtiges Unterpfand in der Verfügung über wenigstens einen erheblichen Anteil des deutschen Territoriums zu gewinnen. Ein Teil davon wurde abgetrennt und direkt in polnisches und sowjetisches Gebiet verwandelt, aus dem anderen entstand schließlich die DDR. Die deutsche Arbeiterklasse, ihre wiederzugelassenen Parteien (KPD und SPD, aus denen die SED entstand) und Gewerkschaften wurden hieran nur in untergeordneter Funktion beteiligt. Daraus kann zwar nicht behauptet werden, die Einführung sozialistischer Verhältnisse habe dem Willen der Bevölkerungsmehrheit widersprochen. Aber eindeutig war auch, dass nicht nach dem Marx'schen Grundsatz verfahren wurde, wonach die Befreiung der Arbeiterklasse das Werk der Arbeiterklasse selbst sein müsse.

Die DDR wurde zunächst Spielball internationaler Verhandlungen zwischen Ost und West, später – mit wachsendem ökonomischen und politischen Eigengewicht – der wohl wichtigste Verbündete der Sowjetunion. 1952 machte die sowjetische Führung ein letztes Angebot zur »Wiedervereinigung« unter der Bedingung der blockstrategischen »Neutralität« eines Gesamtdeutschlands. Dies hat natürlich seinerzeit und auch später, unter Historikern, für Diskussionen gesorgt. Es ist aber davon auszugehen, dass die Stalin-Führung nicht so naiv war, ihr Unterpfand ernsthaft gegen vage Versprechungen (zu denen freilich weder Bonn noch die Westmächte bereit waren) einzutauschen.

In den Formen der bürgerlichen Demokratie war die sozialistische Umgestaltung in Osteuropa nicht zu machen. Aber auch die eigenständige Revolution der Arbeiterklassen war aufgrund der realen Kräfteverhältnisse nicht möglich. Deshalb setzte die Besatzungsmacht in mehreren Schritten kommunistische Parteien in Macht- und Regierungspositionen ein. Zwei Ausnahmen davon gab es. Die Tschechoslowakei war in ihrem Westteil ein hochindustrialisiertes Land mit einer großen Arbeiterklasse, in der die KP eine starke Position besaß. Bei den Wahlen erreichte sie jedoch nur eine relative Mehrheit und übernahm die Regierung in einer Koalition mit Sozialdemokraten und kleineren linksbürgerlichen Gruppen. Es gab betriebliche und gewerkschaftliche Aktionen, und die militärische Präsenz der Besatzungsmacht hielt die bürgerliche Reaktion in Schach. Insofern war die Führungsrolle der tschechoslowakischen

2 Westblock – Ostblock. Welt- und Deutschlandpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, hrsg. von der Gruppe Arbeiterpolitik, S. 175

3 Westblock – Ostblock, a. a. O., S. 34



Kommunisten, wenn auch nicht ausreichend, so doch aktiv und aus sich heraus legitimiert.

Die andere Sonderrolle verkörperte Jugoslawien. Zwar war es noch überwiegend ein Agrarland, doch war es den kommunistischen Partisanen als einzigen außerhalb der Sowjetunion gelungen, ihr Land selbst von den faschistischen Unterdrückern zu befreien. In der Folge verschaffte dies der jugoslawischen KP um Tito ein besonderes Ansehen und politische Eigenständigkeit. Der selbständige Kurs führte jedoch 1948 zum Bruch mit Moskau, der trotz mancher Versuche nie mehr aufgehoben werden konnte.

Einzeldarstellungen können wir hier aus Platzgründen nicht bringen. Übergehen müssen wir auch das »Kommunistische Informationsbüro« (Kominform), das 1947 als Nachfolgeorganisation der Kommunistischen Internationale (Komintern) auf schmalere Basis (kommunistische Parteien der Sowjetunion, Osteuropas, Frankreichs und Italiens) gegründet, aber bereits 1956 wieder aufgelöst wurde.

Die Bedingungen, Formen und Inhalte der sozialistischen Umgestaltung in Osteuropa waren unterschiedlich. Dennoch waren alle Länder und ihre regierenden Parteien in der »Wendezeit« um 1990 nicht in der Lage, sich dem Umbruch in den Kapitalismus zu entziehen. Es liegt daher nahe, dass es hierfür eine letzte gemeinsame Ursache geben muss. Sie ist darin zu suchen, dass aufgrund des industriell rückständigen und weitgehend agrarischen Charakters Osteuropas die Kraft der russischen Arbeiterklasse fast allein die Revolution zu tragen hatte, zu der sie am Ende nicht ausreichte.

## Das Problem des Stalinismus

Im Gründungsprogramm der KPD/Spartakus von 1919 hieß es: *»Der Spartakusbund ist keine Partei, die über die Arbeitermasse oder durch die Arbeitermasse zur Herrschaft gelangen will. Der Spartakusbund ist nur der zielbewussteste Teil des Proletariats, der die ganze breite Masse der Arbeiterschaft bei jedem Schritt auf ihre geschichtlichen Aufgaben hinweist, der in jedem Einzelstadium der Revolution das sozialistische Endziel und in allen nationalen Fragen die Interessen der proletarischen Weltrevolution vertritt. ... Der Spartakusbund wird nie anders die Regierungsgewalt übernehmen als durch den klaren, unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse in Deutschland, nie anders als kraft ihrer bewussten Zustimmung zu den Ansichten, Zielen und Kampfmethoden des Spartakusbundes.«* Das hier ausgeführte politische Ideal bringt klar zum Ausdruck, dass Sozialismus nicht ohne proletarische Demokratie umzusetzen ist und dass er seinerseits die Erfüllung des Wesens politischer Demokratie ist. In dieser oder ähnlicher Formulierung findet sich das in unzähligen Stellen der marxistischen Literatur.

Doch die Wirklichkeit richtet sich allzu oft nicht nach unseren Idealen. Die sowjetische Geschichte durchzieht ein Grundproblem des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion in ihrem stalinistischen und poststalinistischen Entwicklungsverlauf. Es ist weniger vom subjektiven Willen autoritärer, diktatorischer oder wie auch immer verfasster Individuen als vielmehr von den objektiven Umständen wie den Kräfteverhältnissen sozialer Klassen, außenpolitischem und militärischem Machtgefälle usw. abhängig. In den »Weißen Flecken« haben wir beschrieben, wie im revolutionären Russland die aktive Generation der noch kleinen Arbeiterklasse, die die Revolution getragen hatte, durch die politischen und administrativen Aufgaben in der Umwälzung der Gesellschaft, des Staatsapparates und der Ökonomie, in den Opfern und Lasten der Interventions- und Klassenkriege der frühen Jahre aufgegeben wurde

und ihre Aufgaben allzu früh an jüngere, teils noch unerfahrene Kräfte weitergeben musste. Das war eine wesentliche Voraussetzung dessen, was als »Stalinismus« in die Geschichtsschreibung eingegangen ist: die Diktatur eines abgehobenen Zentrums der Partei über das Proletariat und die im Aufbau befindliche sozialistische Gesellschaft<sup>4</sup>. Die Prozesse und »Massensäuberungen« taten ihr übriges dazu.

Der »Stalinismus« ist ein zwiespältiges Problem. Zum einen sorgte er zweifellos dafür, dass der Sozialismus in einer Sowjetunion überleben konnte, in der die Grundlagen dafür objektiv begrenzt gewesen waren. Nur dank der strikten Zentralisierung der politischen Entscheidungen (Beendigung der NEP, planmäßiger Aufbau der Industrialisierung) und der Konzentration der ökonomischen Mittel auf entscheidende Projekte (Produktionsgüter-, im Krieg Rüstungsindustrie) wurde erreicht, dass der Sozialismus nicht zusammenbrach, sondern so stark wurde, dass er der faschistischen Offensive standhielt. Der Stalinismus hatte sich somit historische Verdienste um den Sozialismus erworben. Dem stand jedoch mehr und mehr die andere Seite entgegen: Sozialismus/Kommunismus repräsentiert eine Gesellschaftsformation, in welcher die Interessen und das Handeln der großen Masse der Bevölkerung im Mittelpunkt stehen. Eine mit bürokratischen Methoden allein bestimmende Parteiführung steht dem im Wege. Was einst positiv war, wurde langfristig reaktionär.

## Bürokratische »Entstalinisierung«

Historisch ist die »Ära Chruschtschow« verbunden mit dem Versuch, den sozialistischen Aufbau zur Verwirklichung des Kommunismus voranzutreiben, Gesellschaft, Ökonomie und Politik in der Sowjetunion zu »entstalinisieren« und grundlegende bzw. riskante Experimente in der Wirtschaft, besonders der Agrarproduktion vorzunehmen. Maßstäbe dafür waren gestiegene Ansprüche und Kompetenzen der Arbeiterklasse durch wachsenden materiellen Wohlstand und die Massen erfassende Bildungspolitik. Die Arbeiterklasse musste neu motiviert und mobilisiert, die sowjetische Gesellschaft im konstruktiven Sinne »entstalinisiert« werden. Beschränkt blieb dies alles aber durch bürokratisch verengte Ansätze, die von Funktionären eingeleitet wurden, die entweder selbst aus dem stalinistisch geprägten Machtapparat kamen oder als Neulinge zunächst noch nicht über großen Rückhalt verfügten. Dagegen blieben die Massen der Arbeiter und Bauern daran gewöhnt, von der Beteiligung an großen Entscheidungen ausgeschlossen zu sein, und verhielten sich weitgehend passiv.

Nur wenige Jahre nach Stalins Tod waren die Personalfragen der neuen Führungsspitze geklärt. Der mächtigste Mann im Apparat war zunächst Lawrentij Berija, der nach einer Laufbahn im Geheimdienst seit 1938 Volkskommissar des Innern (NKWD) mit der Verfügungsgewalt über Polizei, Staatssicherheit, innere Truppen, Speziallager und einiges mehr war. Im Bündnis mit Malenkov gelang es Chruschtschow, am 26. Juni 1953 im Parteipräsidium eine Mehrheit für seine Absetzung und Verhaftung zustande zu bringen. Er wurde zusammen mit sechs seiner Vertrauten im Dezember in einem Geheimprozess verurteilt und unter

<sup>4</sup> »Was wir also in der Sowjetunion und in den Ländern des Ostblocks vor uns haben, ist eine eigentümliche und von niemandem vorausgesehene Form der staatlichen Gemeinwirtschaft, deren kollektivistischer Charakter sich ausschließlich auf die Nationalisierung der Produktionsmittel und auf die zentrale Reglementierung des gesamten Wirtschaftslebens beschränkt und deren Hauptträger und Hauptnutznießer die privilegierte Schicht der Staats- und Wirtschaftsbürokratie ist.« (Roman Rosdolsky, Zur Analyse der Russischen Revolution, 1959, zitiert nach: Jünke (Hrsg.), Marxistische Stalinismuskritik im 20. Jahrhundert. Eine Anthologie, Köln/Karlsruhe, 2017, S. 288)

nicht ganz geklärten Umständen hingerichtet. Die weitere Neuordnung der Parteiführung wurde nicht mehr nach den blutigen Mustern der Vergangenheit vollzogen. Ein Beispiel dafür ist Malenkow, nach Stalins Tod Regierungschef und führender Sekretär des Zentralkomitees, der Chruschtschow im Machtkampf unterlag, schließlich aus der KPdSU ausgeschlossen wurde, aber sein Leben behielt und bis zu seiner Pensionierung als Kraftwerksdirektor in mehreren Werken arbeitete. Allerdings dauerte es seit dem Tode Stalins immerhin drei Jahre, bis ein Parteitag – der XX. – zusammentrat. Die Personalfragen klärten Stalins Nachfolger noch unter sich in Präsidium und ZK. Umgestaltet und gestärkt wurden also die Institutionen der Parteiführung, nicht die innerparteiliche Demokratie.

Am 18. Februar wurde der XX. Parteitag der KPdSU eröffnet. Historisch steht er bekanntermaßen und mit Recht im Zeichen der »Geheimrede<sup>5</sup> Chruschtschows, die dieser am 25. Februar hielt. Sie blieb etwa eine Woche »geheim«. In dieser Rede rechnete der Nachfolger Stalins mit der Person seines Vorgängers ab. Die Details seiner »Enthüllungen« über die Regierungszeit Stalins sollen uns an dieser Stelle nicht weiter interessieren, sie sind in den »Weißen Flecken« (etwa S. 28 bis 42) nachzulesen. Hier geht es vielmehr um die Ziele der strategischen Umorientierung der Parteiführung sowie um die Wirkungen, Grenzen und Widerstände, die später zum Sturz Chruschtschows führten und damit seine Zeit zu einer Ära des Übergangs machten. Und es geht um ein Grundverständnis in der Herangehensweise an geschichtliche Prozesse.

In den ersten Abschnitten seines Vortrags befasst sich Chruschtschow mit Grundsätzen von Marx und Engels im Umgang mit Menschenführung und Personenkult, gegen den sie sich klar ausgesprochen haben. Dies setzt er dann mit Lenin fort. Letzterer gilt ihm als »Lichtgestalt« im Vergleich mit Stalins Fehlern. Er zitiert einige Dokumente, darunter auch die testamentarische Empfehlung Lenins, Stalin vom Posten des Generalsekretärs abzuberufen, weil er zu »grob« sei und nichts von Menschenführung verstehe. Der große Rest der Rede handelt von den individuellen Fehlern Stalins, dem Personenkult und den Auswirkungen auf die gesellschaftliche Entwicklung in der Sowjetunion, die Führung des »Großen Vaterländischen Krieges« etc. Das Verfahren ist aus heutiger Sicht allzu durchsichtig.

Die vorgeschobene Auseinandersetzung mit der Person Stalins ersparte es Chruschtschow, das System der Parteiherrschaft und ihre innere Struktur an sich zu problematisieren. Indem er die Fehler der Person anlastete, will er glauben machen, dass sich nichts wirklich ändern müsse. Die materialistische Weltanschauung verlangt jedoch einen anderen Blick auf die gesellschaftlichen Verhältnisse. Nicht »große Individuen« mit ihren persönlichen Eigenschaften »machen Geschichte«, sondern die gesellschaftlichen Verhältnisse mit ihren sozialen Klassenkräften. Wer nachlesen möchte, wie wir Stalin in seiner Eingebundenheit und Wirkung in der Zeit seiner Amtsführung sehen, kann das in den »Weißen Flecken«, den Absätzen »Stalin« und »Personenkult« (S. 22-24), tun. Dort schrieben wir u. a.: »In Stalin sah die Partei sich selbst verkörpert. Er stand für die Härte und Entschlossenheit, mit der die gewaltigen Aufgaben bewältigt werden mussten.« Und »Das politische Niveau der Massen suchte nach Personifizierung. Zugleich war der Personenkult auch die Form, in der sich das Verlangen nach Einigkeit und Geschlossenheit ausdrückte. Kritik am

*Personenkult wurde identisch mit Kritik am Weg der Partei und gefährdete das Erreichte.«*

Diese Zeiten jedoch waren vorbei. Das politische, intellektuelle, organisatorische etc. Niveau der Massen hatte sich weiterentwickelt, damit auch ihre Ansprüche. Wenn aber Chruschtschow, statt eine sachgerechte, grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem »Personenkult« vorzunehmen, lediglich persönliches Fehlverhalten Stalins anprangerte, so ging es ihm nicht um eine qualitative Umgestaltung der Gesellschaft und ihrer Politikformen, sondern um die Fortsetzung des Systems nunmehr unter seiner Führung. Nicht zuletzt er selbst hatte in seiner Laufbahn in der Parteispitze seinen historischen Anteil am »Stalinismus«, und wenn er es für nötig hielt, bekannte er sich dazu: »Wir alle sind Stalinisten!<sup>6</sup> Die bürokratische Enge, Begrenztheit und Verzerrung der »Entstalinisierung« auf Parteibeschluss hatte nicht zuletzt hierin ihren Grund.

Die Versprechen der Entstalinisierung sprachen tief und weithin empfundene Bedürfnisse an und riefen eine mächtige Reaktion im Volk hervor. Sie forderte Reformen innerhalb der Partei, kollektive Führung und Freiheit der parteiinternen Kritik. Es gab liberale Öffnungen in der Literatur und in den Künsten. Die Intelligenz führte die Strömung an, während die Bürokratie zerstritten war. Aber eine organisierte Bewegung, gar eine Infragestellung des Machtmonopols der Partei war das nicht. Die Masse der Arbeiterklasse, ganz zu schweigen von der Bauernschaft, blieb im allgemeinen stumm. Darin lag die Schwäche der Bewegung. Insofern führte die Entstalinisierung zur Fortsetzung der bürokratischen Parteiherrschaft in etwas liberaleren Formen.

Trotz allem war die Wirkung der »Geheimrede« ungeheuer, und es lief auch einiges aus dem Ruder. Es wurde eine Kommission zur Aufklärung der Massenrepressalien gebildet, die Unruhe erzeugte. Bisherige Gewissheiten wurden tief erschüttert, und die Masse der Arbeiterklasse, der Bauernschaft und der Intelligenz verlor das »Idol«, auf das sie bisher vertraut hatte. Die zweite Hälfte der fünfziger Jahre war eine Zeit der Führungskrisen, und es dauerte noch einige Jahre, bis Chruschtschow sich endgültig durchgesetzt hatte und mit den Posten des Ersten Sekretärs der Partei und des Ministerpräsidenten der Sowjetregierung formell Stalins Machtfülle in sich vereinigte. Doch anders als sein Vorgänger musste er der kollektiven Führung Zugeständnisse machen und konnte sich niemals völlig auf die Führungsgremien der Partei verlassen<sup>7</sup>.

Zur Bilanz der Entstalinisierung schrieb Isaac Deutscher seinerzeit (November 1956): »Sie haben Stalins gigantische Terrormaschine abgewrackt, sie haben der Geheimpolizei das Rückgrat gebrochen und dem Grauen der Säuberungen und der stalinistischen Konzentrationslager ein Ende bereitet. Sie haben auch die Härten der Fabrikdisziplin, der die Arbeiter unterworfen waren, gemildert, und sie versuchen bis zu einem gewissen Grad das allgemeine Verlangen nach Gleichheit zu befriedigen, das Stalin gewaltsam unterdrückt hatte. Sie haben das Entstehen eines Klimas zugelassen, in dem mehr geistige Freiheit herrscht, und den Eisernen Vorhang ein wenig gelüftet.«<sup>8</sup>

5 Den kompletten Text in deutsch findet man z. B. auf der Internetseite der Universität Erlangen-Nürnberg, Lehrstuhl für Osteuropäische Geschichte unter der Betreuung von Prof. Helmut Altrichter: [http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument\\_ru&dokument=0014\\_ent&object=translation&st=&l=de](http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_ru&dokument=0014_ent&object=translation&st=&l=de)

6 Isaac Deutscher, Zwischen den Blöcken. Der Westen und die UdSSR nach Stalin, Hamburg 1982, S. 137

7 Die Abstimmung im Zentralkomitee über die Frage, ob Chruschtschow die »Geheimrede« zur Entmystifizierung Stalins halten dürfe, war sehr knapp ausgefallen. Die große Minderheit der »Gruppe der Parteigenossen«, wie sie fortan sehr ungenau bezeichnet wurde, stand unter der Führung von Molotow und Kaganowitsch. 1957 entging Chruschtschow einem ersten Absetzungsversuch.

8 Deutscher, a. a. O., S. 104

Außenpolitisch zog das weite Kreise. In osteuropäischen Ländern verbanden Menschen mit dem Kurswechsel in der Sowjetunion Hoffnungen auf Verbesserung bzw. Änderung der politischen Verhältnisse bei ihnen selbst. Die von Moskau abhängigen Parteiführungen waren tief verunsichert. In Polen konnte mit der Rehabilitierung und Wiedereinsetzung des früheren, relativ beliebten Parteichefs Gomulka das Schlimmste noch verhütet werden. In Ungarn dagegen waren konterrevolutionäre Kräfte bereit, das Land aus dem sozialistischen Lager heraus und in die NATO zu führen, so dass sowjetische Truppen gewaltsam eingreifen mussten (1956). Anders lag der Fall in dem Bruch mit China: Dort führte gerade die Ächtung Stalins zu Ärger, weil die chinesische KP davon eine Abkehr vom globalen Revolutionskurs und eine Annäherung an den Westen ("friedliche Koexistenz") fürchtete. In seinem damaligen Entwicklungsstand war das revolutionäre China bereits zu groß, um sich als Teil des sozialistischen Lagers von Moskau führen zu lassen, aber noch zu schwach, um eine eigenständige Rolle in der Weltpolitik wahrzunehmen.

## Wirtschaftspolitik des Übergangs

Das Hauptmotiv für die bürokratische Entstalinisierung war in der Wirtschaft zu suchen. Die Unzufriedenheit war allgemein. Die Arbeiter wehrten sich gegen die Privilegien der Bürokratie, die Entbehrungen der Kriegs- und Nachkriegszeit und die harte Fabrikdisziplin. Die Bauern verweigerten sich der Steigerung der Produktivität in der Landwirtschaft, der Erhöhung der Abgaben und der Einschränkung ihrer Privatwirtschaften. Die Sowjetökonomie brauchte hier aber Fortschritte, um ihre eigene Gesellschaft und die wankenden osteuropäischen Länder voranzubringen und China zu unterstützen. Der XXII. Parteitag (1961) gab zudem die Losung aus: »Die heutige Generation der Sowjetmenschen wird im Kommunismus leben.«

Über all dem schwebte immer die Grundsatzdiskussion, ob es richtig sei, weiter die Produktionsgüterindustrie zu fördern oder nach den Entbehrungen der Vergangenheit endlich den Konsumenten deutliche Verbesserungen zukommen zu lassen. Eine bürokratiefeindliche Stimmung in weiten Teilen der Bevölkerung konnte sich Chruschtschow zunutze machen, doch in der Partei selbst ließ der Widerstand nicht nach.

Die Sowjetregierung begann damit, den Stalin'schen Zentralismus zu demontieren. Branchenministerien wurden abgeschafft, an deren Stelle über das Land verstreute Volkswirtschaftsräte (140, davon allein 109 in der Russischen Sowjetrepublik) eingesetzt. Anstelle der vertikalen Lenkung sollte horizontale Dezentralisierung treten, wobei der zentralen Planungsbehörde Gosplan eine Koordinierungsfunktion verblieb. Gewerkschaften und Fabrikräte erhielten neue Mitspracherechte. In der Landwirtschaft wurden die Maschinen- und Traktorenstationen (MTS) den Kolchosen übereignet. Deren Kompetenzen wurden erweitert, die Ablieferungspflichten verringert, materielle Anreize der bäuerlichen Privatwirtschaften vergrößert. Gleichzeitig bemühte die Regierung sich darum, ihre Zahl durch Umwandlung in Sowchosen zu verringern, um aus Genossenschaftsbauern Landarbeiter zu machen (von 1956 – 1964 fiel die Zahl der Kolchosen von 83.000 auf 37.600, die der Sowchosen stieg im gleichen Zeitraum von 5.089 auf 10.078). Die Anbauflächen allein von Sowchosen nahmen von 18,2 Mio. ha 1953 auf 97,43 Mio. ha 1965 zu. Landarbeiter verdienten besser als Kolchosbauern (vgl. Tabelle Einkommen in der Landwirtschaft), aber noch deutlich weniger als Industriearbeiter, nämlich ca. 70 – 73 % von deren Lohn.

## Jahreseinkommen pro Arbeiter und pro Haushalt auf Kolchosen und Sowchosen 1952-1963

	1952	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963
Kolchosen								
Beschäftigte (Mio.)	25,8	25,3	25,1	24,1	21,7	20,3	19,8	19,2
Lohn pro Arbeiter (Rubel)	184	331	311	320	332	379	424	432
Zahl der Haushalte (Mio.)	19,9	18,9	18,8	18,5	17,1	16,4	16,3	16,1
Lohn pro Haushalt (Rubel)	239	443	415	416	421	470	515	515
Sowchosen								
Lohn pro Arbeiter	-	-	574	575	565	639	754	760

Quelle: Hildermeier, a. a. O., S. 796

Die Lebensverhältnisse auf dem Land waren nach wie vor ärmlich, die Produktivität der Landwirtschaft erschreckend niedrig. Die Übertragung der MTS auf die Kolchosen löste das Problem des unachtsamen oder unrationellen Umgangs mit den Maschinen nicht. Die Sowjetregierung verfiel auf einen ähnlichen Ausweg, wie sie ihn tendenziell in der Industrie anwandte: Statt der Steigerung der einzelbetrieblichen Produktivität suchte sie die Ausweitung der Produktionsmasse durch die Erhöhung der Zahl der Betriebe zu erreichen. In der Landwirtschaft hieß das, Neuland unter den Pflug zu nehmen. Ins Auge gefasst wurden weite Flächen am Unterlauf der Wolga, im nördlichen Kasachstan und im westlichen Sibirien. Unglücklicherweise waren hier die Boden- und Klimaverhältnisse aber so schlecht, dass nicht nur Gegner des Parteichefs, sondern auch neutrale Experten davor warnten. Mit größter Anstrengung wurden dennoch zwischen 1956 und 1960 große Erfolge erzielt: Die Anbaufläche wuchs um 55,6 Mio. ha (von 157,2 auf 212,8 Mio. ha) im gesamten Gebiet der Sowjetunion. Doch die Erträge, auf die es ja ankam, stiegen nicht im gleichen Maße, und ab 1960 waren nur noch mäßige Zuwächse zu verzeichnen. 1963, dem Jahr vor Chruschtschows Sturz, kam es zudem zu einer katastrophalen Missernte, in deren Folge die Sowjetunion erstmals beim Klassenfeind, den USA, Getreide einkaufen musste.

Planungsfehler kamen hinzu: So wurden riesige Viehzuchtbetriebe »auf der grünen Wiese« aufgebaut, ohne auf entsprechende Bewässerungsmöglichkeiten zu achten oder Verkehrsverbindungen vorzusehen, um die Erzeugnisse zum Verbraucher zu bringen. So »versickerten« – auch in der Getreideernte – 20 bis 40 % der Erträge auf dem Weg zu den Märkten. Monokulturen führten dazu, dass Böden ausgelaugt und Gewässer übermäßig abgeschöpft und verschmutzt wurden. 1963 kam es zu orkanartigen Staubwinden. Die Bodenerosion lieferte Bilder, wie man sie aus vielen Farmgebieten der USA zu Zeiten der Großen Depression kannte. Nachdem die Anbaufläche seit dem Zweiten Weltkrieg permanent angewachsen war, ging sie 1964 um drastische 7 Mio. ha zurück.

Als Bauernsohn aus der Ukraine beanspruchte Chruschtschow Kompetenz und Sachkenntnis, mischte sie aber mit einem gehörigen Schuss Voluntarismus. Viele Experten warnten vor seinen Experimenten mit dem Anbau von Mais, weil die Menge der Niederschläge und die Länge der Vegetationsperioden in der Ukraine und im westlichen Sibirien hierfür nicht ausreichten. Um die Lebensverhältnisse der Sowjetmenschen zu verbessern, war eine bessere Versorgung mit Fleisch unerlässlich. Hierzu fehlte es u. a.

## Das sowjetisch-chinesische Verhältnis in den sechziger Jahren

Das Verhältnis der kommunistischen Parteien der Sowjetunion und Chinas erfordert eine ausführliche Betrachtung, die im Rahmen dieses Artikels nicht geleistet werden kann. Es ist aber notwendig und machbar, auf wesentliche Eckpunkte hinzuweisen, die bei der Analyse zu beachten sind.

- Die grundlegende Ursache, die zum Bruch führte, war nicht die Ideologie an sich, sondern der unterschiedliche Entwicklungsgrad beim Aufbau des Sozialismus in beiden Ländern, verbunden mit der Größe und Bedeutung beider Länder. Der Sowjetunion kam ihr großer Vorsprung zugute; sie hatte als erstes Land eine sozialistische Revolution durchgeführt, diese im Zweiten Weltkrieg verteidigt, und sie war eine Industrienation. Die KPdSU erwartete, dass China sich daran ein Vorbild nehme, und die KPCh war in den fünfziger Jahren dazu auch bereit. China hoffte – wie auch die osteuropäischen RGW-Länder –, im eigenen Aufbau des Sozialismus von politisch-militärischem Schutz sowie wirtschaftlicher Unterstützung zu profitieren. Das zeigte sich in der Entwicklung der chinesischen Wirtschaft mit sowjetischer Hilfe und Orientierung am sowjetischen Weg. Die Rolle der Sowjetunion als Führungsmacht des sozialistischen Lagers und die der KPdSU als Zentrum der internationalen kommunistischen Bewegung wurde anerkannt. Es galt die Notwendigkeit einheitlichen Verhaltens gegenüber dem Imperialismus, das durch gemeinsame Beschlüsse und eine starke Führung herzustellen und zu sichern war.
- In den frühen sechziger Jahren zeigte sich jedoch mehr und mehr, dass die unterschiedlichen Voraussetzungen zwischen der Sowjetunion und China zu ebenso differenzierten strategischen Vorstellungen führten. Die Sowjetunion hatte vergleichsweise viel zu verlieren und im Konflikt mit dem Westen als Speerspitze die Hauptlast zu tragen. Die KPCh verband aber die Anerkennung der sowjetischen Führungsrolle mit Forderungen an die Strategie der sowjetischen Führung gegenüber dem Westen. Hier wurde die Politik der »friedlichen Koexistenz« zum Hauptstreitpunkt. Moskau sah in erster Linie sein Interesse an einer Entspannungspolitik, die seine Rüstungslasten mindern sollte, und versuchte (wie schon zur Stalin-Zeit),

der kommunistischen Bewegung in Europa, Asien und überall auf der Welt entsprechende Beschränkungen aufzuerlegen und seine Vorstellungen durchzusetzen. Anders als zur Stalin-Zeit stieß es damit jedoch auf immer mehr Widerstände (Jugoslawien war das erste Beispiel). Die Ursachen dafür liegen teils in der Sowjetunion selbst, teils in der gewachsenen und immer weiter ausdifferenzierten internationalen kommunistischen Bewegung und müssen teils als Auswirkungen der »Entstalinisierung«, teils der unerfüllten wirtschaftlichen und politischen Versprechungen gelten.

- Die ideologische Rechtfertigung schloss sich den realen Veränderungen an, ohne sie adäquat wiederzugeben. In dem Maße, wie die chinesischen Kommunisten (Mao Tse-tung, Tschou Enlai) feststellten, dass Moskau sich außenpolitisch nicht in die von ihnen gewünschte Richtung drängen ließ, rückten sie von der Vorstellung ab, dass die KPdSU weiterhin die Linie der kommunistischen Bewegung vorgeben sollte. Auf der Moskauer Konferenz von 81 kommunistischen Parteien im Dezember 1960 wurde Moskaus Führungsrolle in diesem Sinne von den Chinesen zum letzten Mal noch anerkannt. Schon auf dem XXII. Parteitag der KPdSU (Oktober 1961) aber kam es zum Bruch durch vorzeitigen Auszug der chinesischen Delegation. Die »friedliche Koexistenz« sei eine revisionistische Strategie, die den revolutionären Fortschritt in der Welt hemme (tatsächlich waren die späten fünfziger und frühen sechziger Jahre eine Zeit, in der Kommunisten – bis auf wenige Ausnahmen, z. B. Kuba – nicht von umstürzlerischen Vorgängen in Asien, Lateinamerika und Afrika profitierten). Sie sei eine »Kapitulation vor dem imperialistischen Westen«. Moskau nutze seine Position, schwächere Länder des sozialistischen Lagers »auszubeuten«.
- Man kann diese Entwicklung bedauern, als verheerend beurteilen und in ihrem Verlauf subjektive »Fehler« auf beiden Seiten analysieren. Aber im Rückblick zeigt sich, dass der Bruch unvermeidbar war. Er war das Resultat unüberbrückbarer Differenzen, die in den unterschiedlichen realen Interessenlagen zweier großer Länder mit unterschiedlichem Entwicklungsstand lagen.

an Futtergetreide. Mais konnte, auch als Grünfütter, hier einen Vorrat bilden. Auf dem Höhepunkt des Anbaus bedeckte er 37 Mio. ha Land. Nur 7 Mio. ha davon konnten ausreifen, auf weiteren 7 Mio. ha bildete er grüne Kolben, auf der restlichen Fläche von 23 Mio. ha wurde er grün geschnitten. Auch in den besten Jahren erreichte er nicht die Hälfte des amerikanischen Ertrags, und katastrophal war das Ergebnis im Misserntejahr 1963.

Trotz alledem war die Chruschtschow-Ära objektiv kein Desaster. Etwa im Jahre 1970 sollte die Sowjetunion die USA an Lebensstandard der Bevölkerung übertreffen, so das häufig geäußerte Versprechen. Im Rückblick mag das realitätsfern erscheinen, den Zeitgenossen jedoch klang das nicht so unwahrscheinlich. Auch ein bürgerlicher Historiker wie Hildermeier urteilt für die damalige Perspektive: »Was an absoluten Resultaten vorzuweisen war, konnte sich sehen lassen. Die Sowjetunion erlebte unter Chruschtschows Ägide zwar kein 'Wirtschaftswunder', aber eine beachtliche Konsolidierung. Sie hatte nur das Pech, dass ihr Ausgangsniveau sehr niedrig war und die Kosten der neuen Weltmachtrolle ihre wirtschaftliche Leistungs-

kraft überforderten.«<sup>9</sup> Was Chruschtschow zum Verhängnis wurde, war eine Mischung aus überzogenen Prognosen, sprunghaften Reformen und enttäuschten Erwartungen.

### Chruschtschows Sturz

Um das Muster der wichtigsten Aspekte der Chruschtschow-Zeit komplett zu machen, müssen wir hier noch die Außenpolitik der »friedlichen Koexistenz« hinzufügen. Realpolitisch ging sie von dem faktisch bestehenden militärischen, insbesondere atomaren Patt zwischen den Führungsmächten des kapitalistischen und des sozialistischen Lagers aus. Ideologisch war sie eine überflüssige Beschönigung dieses Zustandes. Zwar ging sie nicht so weit, den Imperialismus für »friedensfähig« zu erklären<sup>10</sup>. In großen Teilen der Linken, so der westlichen Friedensbewegung oder von osteuropäischen »Dissidenten«, wurde sie den-

<sup>9</sup> Hildermeier, a. a. O., S. 802

<sup>10</sup> Vgl. etwa den »Zwischenfall« des Abschusses eines amerikanischen Spionageflugzeugs »Lockheed U2« im Luftraum über sowjetischem Gebiet (Mai 1960)

noch so wahrgenommen. Dies für bare Münze zu halten stellte eine politische Entwaffnung derjenigen dar, die daran glauben wollten.

Chruschtschow argumentierte in der Nuance anders. Er behauptete, dass aufgrund des atomaren Gleichziehens der Sowjetunion mit den USA der Imperialismus sich einen Krieg gegen das sozialistische Lager nicht leisten könne. Er folgerte weiter, dass damit der Sozialismus auf friedlichem und reformistischem Weg erreichbar sei. Er übersah oder wollte nicht wahrnehmen, dass der militärische Rüstungswettlauf für die ökonomisch weit schwächere Sowjetunion eine Katastrophe darstellte. Für kapitalistische Konzerne ist die Rüstungsproduktion eine Quelle gewaltiger Profite, die reichen imperialistischen Staaten pressen ihren Bürgern die zur Finanzierung notwendigen Steuern ab. Für die sozialistischen Länder dagegen war sie Abzug von Ressourcen für den sozialistischen Aufbau. Das atomare Patt machte den Imperialismus keineswegs friedlicher: Vom Koreakrieg an bis zum Untergang der Sowjetunion wurden sogenannte Stellvertreterkriege geführt, die das globale Kräfteverhältnis nachhaltig aushebelten.

Die Geschichte hat gezeigt, wie verheerend sich der Bruch im sozialistischen Lager zwischen Moskau und Peking auswirkte. Beide großen Länder sind inzwischen einen kapitalistischen Weg gegangen. Die russische KP ist von der Macht verdrängt und zu einer parlamentarischen Oppositionspartei geworden. Die chinesische Partei vertritt noch theoretisch einen Anspruch auf ihren spezifischen Weg zum Sozialismus, den angesichts der Realität in der chinesischen Wirtschaft aber nur wenige in der Linken und in der bürgerlichen Öffentlichkeit noch ernst nehmen.

Die Verharmlosung des Imperialismus setzte sich fort. Nach der »friedlichen Koexistenz« kam die Entspannungspolitik, gegen die es realpolitisch keinen grundsätzlichen Einwand geben konnte. Doch durch Illusionen in die wirklichen Absichten des Machtblocks der USA und ihrer Verbündeten und besonders durch die Behandlung der Frage der Menschenrechte in den Verhandlungen zwischen Ost und West ließen sich große Teile der Linken und der Friedensbewegung politisch entwaffnen. Die Grundrechte des Individuums sind wichtige Errungenschaften sowohl der bürgerlichen Revolutionsepoche gegen den Feudalismus

als auch der Befreiung vom Faschismus, woran etwa die 1968er-Bewegung erneut erinnerte. Aber die bürgerliche »Entspannungspolitik«, wie sie die USA unter Carter oder die SPD/FDP-Koalition in der BRD betrieben, zielte auf die Entkopplung der Individualrechte von der Klassenfrage, um die Sowjetunion und ihre Verbündeten unter moralischen Druck zu setzen. Damit knüpfte sie an echte, in der Gesellschaft natürlich vorhandene und in den 68er-Bewegungen zum Ausdruck gebrachte Bedürfnisse an. Schlussendlich ging diese Strategie auf und ließ für viele ehemalige Linke in den achtziger Jahren die zentrale Klassenfrage, die Befreiung des arbeitenden Menschen von Ausbeutung und Ausgrenzung, in »Vergessenheit« geraten. Der Opportunismus der sowjetischen Führung hatte »objektive« Gründe, war jedoch keineswegs unvermeidlich hinzunehmen. Ob, wann und wie sich Kräfte in den Arbeiterklassen Russlands und Chinas von heute bilden, die den unterbrochenen revolutionären Faden wieder aufgreifen können, können wir gegenwärtig nicht wissen.

Chruschtschow wurde gestürzt, weil seine Wirtschaftspolitik nicht die versprochenen Erfolge zeigte und seine unzulängliche Entstalinisierungspolitik Unruhe erzeugte und Hoffnungen erweckte, die nicht eingelöst wurden. Ebenso schwer wogen die Differenzen und Spaltungen in der kommunistischen Bewegung, insbesondere der Bruch mit China. Michail Suslow, der in der Führungsspitze die Aufgaben eines »Chefideologen« wahrnahm, nannte zudem »Machtmissbrauch, Personenkult, Ämterpatronage und Vetternwirtschaft« als Gründe<sup>11</sup>. Es wurde erneut lediglich eine Umgruppierung des herrschenden Personals vorgenommen, indem Mitte Oktober 1964 der gestürzte Parteichef durch ein Kollektiv aus Breschnew, Kosygin u. a. ersetzt wurde. Mit einer grundlegenden Reform durch Demokratisierung der Parteistrukturen hatte das nichts zu tun.

F. 19.8.2017 ■

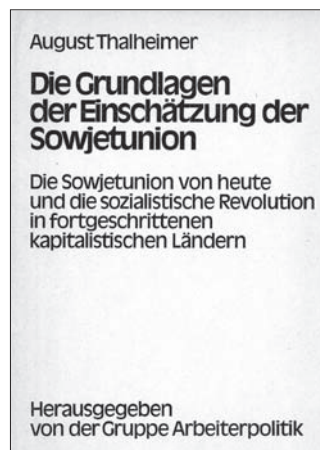
11 Bundeszentrale für politische Bildung, Informationen zur politischen Bildung, Ausgabe 236, 3. Quartal 1992



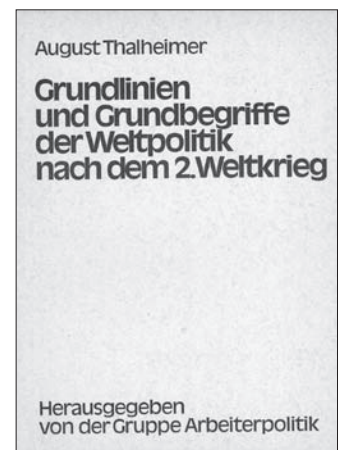
**Faschismus in Deutschland I**  
Analysen und Berichte der KPD-O von 1928 – 1933.  
Vorwort Gruppe Arbeiterpolitik 1973  
296 Seiten A5 | Broschur | 8,00 EUR



**Westblock – Ostblock**  
Internationale monatliche Übersichten von August Thalheimer 1945 – 1948.  
Vorwort Gruppe Arbeiterpolitik 1992  
460 Seiten A5 | Broschur | 7,50 EUR



August Thalheimer  
**Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion**  
1946, Gruppe Arbeiterpolitik  
43 Seiten A5 | 1,50 EUR



August Thalheimer  
**Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg**  
Anfang 1946, Gruppe Arbeiterpolitik  
32 Seiten A5 | 1,50 EUR

## Oktoberrevolution und Sowjetunion

In den beiden letzten Ausgaben der Arpo sind zwei redaktionelle Artikel zur Oktoberrevolution erschienen, die an mehreren Stellen kritikwürdige Formulierungen aufweisen. Da beide Texte auch längere Passagen enthalten, die die bisherigen Positionen wiedergeben, bleibt unklar, wofür die Autoren hinaus wollen. Streben sie eine Revision des bisherigen Standpunktes der Gruppe an oder ist hier nur an einigen Stellen schwammig formuliert worden? Wie auch immer. Das »verwirrende Bild«, das beide Texte hinterlassen, bedarf in einigen Punkten der Klarstellung:

- Gleich im ersten Teil des Artikels »Das Jahrhundert der Oktoberrevolution« beschreiben die Autoren das Ziel, das sie mit dem Aufsatz verfolgen: »Grundsätzlich geht es uns in der Beschäftigung mit der Oktoberrevolution um unser Sozialismus-Bild, mit dem wir heute und mit Blick auf die Zukunft arbeiten müssen«. Sie möchten »theoretische/prinzipielle Auffassungen von Marx und Engels in der Aufarbeitung durch Thalheimer in den Mittelpunkt ...« stellen und »in diesem Rahmen eine darauf konzentrierte Aktualisierung im Lichte der Gegenwart« versuchen. Befreit man diese Zitate von ihren pastoralen Sprachbildern, so bleibt nur die Schlussfolgerung, dass sie zwar Thalheimer nicht über Bord werfen wollen, seine Analysen der Oktoberrevolution und zur sowjetischen Gesellschaft aber einer »Aktualisierung im Lichte der Gegenwart« bedürfen, also neu interpretiert werden müssen. Nun kann ja jeder, der es möchte, Marx oder Thalheimer kritisieren oder gar revidieren. Ärgerlich ist aber, dass hier behauptet wird, dies geschehe im Namen der Gruppe
- Fragt man nun, weshalb die Autoren der Meinung sind, dass eine neue Sichtweise der Oktoberrevolution und der Sowjetgeschichte erforderlich sei, so kann man nur wenige Antworten finden. U. a. heißt es, dass dies notwendig sei, weil »in den heute so stark veränderten Strukturen ... klar sein [muss], dass sozialistische Theorie und Praxis sich nicht mehr an vergangenen internationalen Lagerbildungen orientieren kann«. An anderer Stelle wird argumentiert, dass es Aufgabe der Gruppe Arbeiterpolitik sei »von der Beschränkung einer reinen Verteidigung der Sowjetunion wegzukommen zu einer möglichst objektiveren Würdigung ihrer historischen Rolle und Nachwirkung mit Licht und Schatten«.
- Nun ist unbestritten, dass sich die Sowjetunion und mit ihr das sozialistische Lager aufgelöst hat. Also existiert ein Gegensatz zwischen dem sozialistischen und dem imperialistischen Lager nicht mehr. Die Sowjetunion muss deshalb in tagespolitischen Auseinandersetzungen nicht mehr verteidigt werden und wird es, mit einer Ausnahme (s.u.), auch nicht mehr. Und weil niemand mehr die Verteidigung der Sowjetunion als Ausgangspunkt für seine Auffassung von der zukünftigen sozialistischen Gesellschaft heranzieht oder über sie seine Vorstellungen von der sozialistische Politik in der Gegenwart begründet, läuft die oben angeführte Begründung ins Leere
- Darüber kann dieser Vorwurf die Gruppe nicht treffen, weil sie eine solche Position nie vertreten hat. Die kritische Verteidigung der Sowjetunion war Sache der DKP.
- Die KPO und später die Gruppe Arbeiterpolitik haben die sozialistischen Grundlagen des Systems verteidigt und versucht darzulegen, unter welchen Bedingungen sich die Sowjetunion entwickelt hat. Den Sozialismus haben wir nie schön geredet, sondern ihn, soweit es damals möglich war, aus den materiellen wie historischen Voraussetzungen des Landes erklärt, den objektiven wie den subjektiven. Was nun soll daran falsch gewesen sein? Dass man heute in der einen oder anderen Frage aufgrund der Öffnung von Archiven zu präziseren Einschätzungen einzelner Vorgänge und Zusammenhänge gekommen ist, lässt sich nicht bestreiten. Doch müssen wir deshalb unsere grundsätzliche Einschätzung ändern? Oder sollten wir sie aus Gründen der Opportunität, wie die Texte es nahelegen, revidieren?
- Grundlage für die Positionierung der Gruppe waren die Texte von Brandler und Thalheimer. Zur Entwicklung der Sowjetunion gibt es seit den 20er Jahren von ihnen eine Vielzahl von Analysen und Stellungnahmen. Für die Zeit nach 1945 war in theoretischer Hinsicht insbesondere die Broschüre von Thalheimer »Die Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion« maßgebend. Die Schrift ist kurz nach Ende des 2. Weltkrieges im kubanischen Exil geschrieben worden, um die in der sozialistischen und kommunistischen Bewegung entstandenen Fragen zum Charakter der Sowjetunion zu beantworten. Thalheimer konnte sie auf Grund seines frühen Todes nicht vollenden. Den zweiten noch nicht geschriebenen Abschnitt mit dem Titel »Die russische Revolution« hat Brandler, der mit Thalheimer die zentralen Fragen ständig diskutiert hatte, Anfang der 50er verfasst. Er ist in der Broschüre »Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution« Anfang der 50er Jahre veröffentlicht worden.
- Folgt man den Grundgedanken von Thalheimer und Brandler zu den Bedingungen für die Entwicklung des Sozialismus in der Sowjetunion, so ist es geradezu widersinnig, die Sowjetunion von einem heute entwickelten »Sozialismus-Bild« aus zu beurteilen. Selbstredend verbietet es sich auch, aktuell ein solches Bild entwickeln zu wollen.
- Welche Probleme entstehen, wenn man als Maßstab für die Beurteilung der Verhältnisse in der Sowjetunion ein »Sozialismus-Bild« verwendet, macht Thalheimer im zweiten Kapitel seiner Broschüre am Beispiel von Hilferding deutlich. Er wirft ihm vor, zwar analytisch ein exzellenter Marxist zu sein, bei der Beurteilung der Sowjetunion aber vom Standpunkt »des Westens, d.h. der kapitalistisch hochentwickelten Länder« auszugehen.
- Insofern ist die Behauptung, bezogen auf Brandler und Thalheimer, aber auch auf die Gruppe insgesamt, falsch, dass wir »unsere Kritik vorgebracht [haben], weil die konkrete Form dieser Gestaltung einer sozialistischen Gesellschaft nicht unseren Voraussetzungen im Westen, damit auch nicht unseren Vorstellungen entsprach«.
- In den 50er Jahren hat ein solcher Ansatz der Kritik an der Sowjetunion und noch mehr an der DDR in der Gruppe vorgeherrscht. Dies führte bekanntlich zum Austritt Brandlers aus der Redaktion und schließlich zur Auflösung der Arpo 1959.
- Mit dem Neuanfang der Gruppe Anfang 1960 ist die Position, spezifische Vorstellungen der Gruppe über den »richtigen« Sozialismus zum Maßstab für die Einschätzung der Sowjetunion und der sozialistischen Länder zu erklären, korrigiert worden. Selbst wenn es in den folgenden Jahren immer wieder zu kleineren Rückschlägen in dieser Frage gekommen ist, so hat die Gruppe solche Wirrungen durch intensive Diskussionen überwinden können.
- Kritisch ist die Aussage zu werten, die Sowjetunion habe die Industrialisierung »nachzuholen« gehabt Doch welche Industrialisierung ist gemeint? Die von England, Deutschland oder Italien? Die Nachfrage macht deutlich, dass man eine Industrialisierung nicht ‚nachholen‘ kann. Die Industrialisierung der drei Länder vollzog sich jeweils unter spezifischen Bedingungen. Sie war 1917 nicht abgeschlossen, sondern entwickelte sich in den folgenden Jahrzehnten weiter.

- Bei allen drei Ländern handelt es sich um eine Industrialisierung unter kapitalistischen Voraussetzungen. Die Industrialisierung in der Sowjetunion fand dagegen unter sozialistischen Verhältnissen statt, die gänzlich andere waren. Nicht mehr das Kapital, sondern der Staat war hier die Kraft, die diesen Prozess steuerte. Thalheimer sprach deshalb unter Absetzung von der kapitalistischen von einer »sozialistischen Akkumulation«. Er wies darauf hin, dass sie »noch nicht vollendeter Sozialismus oder ‚reiner‘ Sozialismus« sei, sondern erst »ein Anfang des Sozialismus, ein bestimmter Entwicklungsabschnitt innerhalb des Sozialismus, ein Übergang von einer Entwicklungsstufe des Sozialismus zu einer anderen höheren« (S. 42-43).
- Begrifflich problematisch und historisch unzutreffend ist die Behauptung, die Sowjetunion sei zusammengebrochen. Wir haben die Verhältnisse in der Sowjetunion immer als Produkt der innersowjetischen wie auch des internationalen Klassenkampfes gesehen. Insofern ist das Ende der Sowjetunion als sozialistischer Staat Folge dieses Klassenkampfes, also eine Niederlage (s. auch Th. Bergmann, Jahrhundert, S. 275). Die Sowjetunion und nach ihr die sozialistischen Länder haben sich schließlich friedlich aus der Geschichte verabschiedet, ohne an ihrem sicheren Ende noch Millionen Menschen in den Abgrund zu reißen. Ihre Totengräber waren die enormen Rüstungsanstrengungen, die die Sowjetunion in den 80er aufbringen musste, um der USA militärisch Paroli zu bieten, die extrem hohen Kosten des Afghanistankrieges wie die militärischen und ökonomischen Lasten, die die Stabilisierung der osteuropäischen Länder erforderten
- Schließlich ist auch die These abzulehnen, dass es eine »Leninsche Revolutionsstrategie« gegeben hat, nach der der Sozialismus in der Sowjetunion nur Bestand haben könne, wenn er sich auch in den westlichen Ländern, resp. Deutschland durchsetzen werde. Spätestens 1921 war Lenin klar, dass es in Deutschland vorerst keine erfolgreiche Revolution geben werde und so die Sowjetunion bis auf weiteres isoliert bleiben würde. Er unterstützte die Bestrebungen der KPD-Führung, eine auf den Verhältnissen in Deutschland basierende Taktik, die Einheitsfronttaktik, zu entwickeln.
- Eine Revolution in Deutschland hätte der Sowjetunion sicher geholfen. Thalheimer äußerte sich nach dem Tode Lenins ausführlich zu diesen Fragen. Er erläuterte in seiner Schrift »Über die Handhabung der materialistischen Dialektik durch Lenin in einigen Fragen der proletarischen Revolution«, dass es keine internationale Revolutionsstrategie geben kann, die über bestimmte Grundsätze und allgemeine Zielvorstellungen hinausgeht. Die kommunistische Politik der jeweiligen Parteien ist gebunden an die Verhältnisse, in denen sie entwickelt wurde: »... in der Verbindung der proletarischen Revolution und der bäuerlichen Revolution sah Lenin, mit Recht, das Wesen der revolutionären Strategie in Russland«. Diese Gedanken wiederholt Thalheimer in seinem Artikel »Rosa Luxemburg oder Lenin?« (GDS 1930 (2); S.2) und macht dort auch die Unterschiede zu den Bedingungen in Deutschland deutlich.
- Die Kritik an den unzulänglichen Verhältnissen in der Sowjetunion und später an denen der sozialistischen Länder muss aus der Perspektive von Thalheimer im Wesentlichen die Kritik des eigenen Zustandes sein, der mangelnden Stärke von Sozialisten und Kommunisten, den Aktionsradius der Unternehmer wie ihrer politischen Vertreter einzuschränken, und ihrer Schwäche, eine Umgestaltung der Klassenverhältnisse im eigenen Land einzuleiten.

Will die Gruppe sozialistische Gedanken wieder im Bewusstsein der Beschäftigten verankern, so wird ihr dies nicht durch eine Neuinterpretation der Oktoberrevolution gelingen, sondern allein dadurch, dass sie die sozialen Interessen der abhängig Beschäftigten wieder ins Zentrum ihrer publizistischen und politischen Tätigkeit stellt.

H., 05.12.2017 ■

## ■ ZUR DISKUSSION:

### Über die Bewegungslosigkeit von Bildern

Anmerkungen zu dem redaktionellen Beitrag: »100 Jahre Oktoberrevolution: Erfolg und Scheitern zusammen denken.« Arbeiterpolitik 3/4 2017

Beim Lesen der Kritik an einem Artikel, der in der Arbeiterpolitik 1/2 2017 zur Diskussion gestellt wurde (Oktoberrevolution, Faschismus, 2. Weltkrieg und Zusammenbruch der Sowjetunion), wird zunächst nicht ganz klar, wo denn die politischen Differenzen zu dem kritisierten Artikel eigentlich liegen. Möglicherweise gibt uns die letzte der »Thesen zum Umgang mit der sowjetischen Geschichte« einen Anhaltspunkt:

„In der Sowjetunion entstand aus den damaligen Bedingungen heraus eine Form vergesellschafteter Produktionsweise, die niemand vorhergesehen hat. Es ist aber offensichtlich, dass das nicht unser Sozialismusbild sein kann, mit dem wir heute und in Zukunft Menschen in lohnabhängigen Verhältnissen für eine sozialistische Transformationsstrategie überzeugen und gewinnen wollen.“ (S. 31)

Als erstes stellt sich die Frage, ob die Produktion in der Sowjetunion wirklich vergesellschaftet war, oder ob nicht nur die grundlegendste Voraussetzung für eine Vergesellschaftung geschaffen worden war: das Privateigentum an Produktionsmitteln in Staatseigentum zu überführen, und während der Phase der »Neuen Ökonomischen Politik« auch nur das Eigentum an Produktionsmitteln in den Schlüsselindustrien. Eine wirkliche Vergesellschaftung konnte wegen der schmalen industriellen Basis des zaristischen Russlands nicht dauerhaft stattfinden. Sie hätte darin bestanden, dass die Produzenten in eigener Initiative und Regie in den Formen einer Räte Demokratie initiativ geworden und geblieben wären, dass die Bürokratie mehr und mehr überflüssig geworden wäre und der Staat langsam hätte absterben können. Wegen der technischen und ökonomischen Rückständigkeit hätte es dazu einer proletarischen Revolution im Westen bedurft, die nicht kam. In diesem Sinn blieb die Sowjetunion auch nach dem 2. Weltkrieg isoliert. Diesen Mangel konnten auch die Bauernrevolution in China oder andere anticoloniale Kämpfe nicht lindern, wie die Geschichte ja gezeigt hat.

Die zweite – entscheidende – Frage besteht darin, was »unser Sozialismusbild« sein soll und ob wir ein solches »Bild« wirklich haben und benötigen.

Versucht man als Schüler im Unterricht die Ideen von Marx und Engels zu verteidigen, wird einem vom bürgerlichen Lehrer vorgehalten: »Eine schöne Idee, aber leider nicht zu verwirklichen.« Marx und Engels haben aus guten Gründen nur wenige und vage Angaben über die zukünftige Gesellschaftsform gemacht. Ihre Arbeit bestand im Wesentlichen darin, die Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise darzustellen, die zum Untergang dieser Gesellschaftsform führen müssen. Entweder durch den Übergang der Macht von der einen zur anderen Klasse oder durch den Untergang beider kämpfender Klassen (Manifest). Wenn die kapitalistische Produktionsweise irgendwann in einer unüberwindlichen Sackgasse steckt, also die

weitere Entwicklung der Produktivkräfte lähmt, muss das Proletariat mit anderen verbündeten Klassen einen Ausweg finden um zu überleben. Die Voraussetzungen einer klassenlosen Gesellschaft sind etwas anderes als das »Bild« einer Gesellschaft:

- Gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln,
  - Produktion für den Bedarf und nicht für einen im Tausch zu erzielenden Profit,
  - Demokratie der Produzenten in Form von Räten,
- sind zunächst abstrakte Kategorien, die sich erst in der Wirklichkeit mit Leben füllen werden. Wie sich diese Wirklichkeit entwickeln wird, ist theoretisch überhaupt nicht zu klären, sondern eine Frage der politischen Praxis. Niemand kennt vorher die Schwierigkeiten und Widerstände, die sich vor uns auftürmen werden und die wir werden überwinden müssen. Da es dafür noch kein klares Konzept und keine Erfahrung gibt, ist »die praktische Verwirklichung des Sozialismus« als eines »wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Systems eine Sache, die völlig im Nebel liegt. Die Bolschewiki werden selbst mit der Hand auf dem Herzen nicht leugnen wollen, dass sie auf Schritt und Tritt tasten, versuchen, experimentieren, hin- und herprobieren mussten und dass ein gut Teil ihrer Maßnahmen keine Perle darstellt. So muss es, so wird es uns allen gehen, wenn wir darangehen«. (Rosa Luxemburg im Dezember 1918, wenige Wochen vor ihrer Ermordung, zitiert nach Frigga Haug, »Die Linie Luxemburg-Gramsci«, in »Rosa Luxemburg und die Kunst der Politik«, Argument Sonderband AS 300 (2007).

Menschen beginnen Revolutionen nicht, weil sie ein schönes Bild von der Zukunft haben. Das ist etwas für politische Schwärmer. Revolutionen sind elementare Ereignisse, die ausbrechen, weil die Realität keine Perspektive mehr bietet und unerträglich geworden ist. Meistens enden Revolutionen anders, als sich das diejenigen, die sie begonnen haben, am Anfang dachten. Und Revolutionen haben oft eine sehr hässliche Seite: »Auch der Hass auf die Unterdrücker verzerrt die Gesichtszüge«, sagt Brecht sinngemäß.

Die heroische Seite von Revolutionen ist die Entdeckung der Solidarität, der Schwesterlichkeit und Brüderlichkeit: Klassenbewusstsein entsteht im Zusammenhalt gegen den gemeinsamen Gegner in einer wirklichen Schlägerei. Wie absurd klingen hier folgende Sätze: »Können wir den verbreiteten Verlust von Klassenbewusstsein damit auffangen, dass wir den Lohnabhängigen den Sozialismus und seine bisherige Geschichte besser erklären? Ich meine nein: Wir müssen uns das erst einmal selber erarbeiten.« (S. 30) Wir können zur Stärkung des Klassenbewusstseins beitragen, indem wir uns an den Schlägereien beteiligen. Das verbindet uns mit den unterdrückten Massen. Ohne diese Verbindung sind unsere Theorien blutleer und vergeblich.

Wenn der redaktionelle Beitrag von »unserem Bild des Sozialismus« spricht oder von der Sowjetunion als einem »wünschenswerten Modell« – oder eben nicht –, besteht die Gefahr, an Platons Höhlengleichnis erinnert zu werden: Nach diesem Gleichnis gibt es eine ideale Welt und wir sehen nur ihre Schatten an der Höhlenwand. Der kritisierte Artikel möchte sicherlich nicht so verstanden werden, dass es einen »idealen Sozialismus« gäbe und die Sowjetunion nur ein Zerrbild davon gewesen sei.

Der redaktionelle Beitrag spricht davon, dass wir die existierende Sowjetunion gegen ihre Feinde verteidigen mussten, indem wir ihre materiellen Schwierigkeiten und den aus ihrer Schwäche entstandenen Terror und ihre Bürokratie erklären. Heute dagegen, nach ihrem Untergang, sei unsere Aufgabe zu erklären, wie die Sowjetunion ihre Ideale verloren habe (S. 30) Die Idealisierung und Mystifi-

zierung der Sowjetunion durch die moskautreuen Parteien weltweit konnte ihren Zusammenbruch nicht verhindern. Es war richtig, den gesprächsbereiten Kolleginnen und Kollegen gegenüber die Schwächen und die grausamen Verhältnisse offen einzugestehen. Es war richtig, diese Schwächen aus den materiellen Schwierigkeiten heraus zu erklären. Warum sollte das heute nicht mehr gelten? Reden wir nicht von den Schwächen und den grausamen Verhältnissen beim Sklavenaufstand unter der Führung des Spartakus? Bei den deutschen Bauernkriegen? Bei der großen französischen Revolution? Müssen wir als Materialisten nicht erklären, wie diese Bewegungen in den ökonomischen und historischen Bedingungen ihrer Zeit verhaftet waren? Und heben wir nicht hervor, welchen Fortschritt sie trotzdem für die Menschheit bedeutet haben? Warum soll das für die Pariser Kommune von 1871 und für die Sowjetunion nicht gelten? Besteht nicht die Gefahr, dass mit einem schönen »Sozialismusbild« eine Hintertür für Entsolidarisierung offen gelassen wird? Was bedeutet das für zukünftige Umwälzungen, wenn sie nicht diesem »Bild« entsprechen? Und wer könnte erwarten, dass sich diese Umwälzungen friedlich und freundlich, langsam und leise vollziehen werden?

Auch einige andere Sätze in diesem und im vorhergehenden ebenfalls redaktionellen Beitrag lassen erstaunen: »Wenn der Erste Weltkrieg der bürgerlichen Herrschaftsform zum endgültigen Durchbruch verholfen und ihre Antithese, die sozialistische Oktoberrevolution, geboren hatte, so setzte der Zweite Weltkrieg die soziale Frage in bis dahin nicht gekannter Breite und Tiefe (sozialistische Umwälzung im Osten, staatliche Sozialpolitik im Westen) und den Antifaschismus (Wiederherstellung, Verteidigung und Ausbau demokratischer Rechte) auf die Tagesordnung.« (S. 29)

Die »soziale Frage«! Sie wurde also nach dem 2. Weltkrieg in nie gekannter Breite und Tiefe auf die Tagesordnung gesetzt? Die »staatliche Sozialpolitik« in Westeuropa nach 1945 hatte also eine größere Tiefe als die Revolutionen in Europa am Ende des ersten Weltkriegs oder die Revolution in Spanien 1936? Und in Osteuropa fanden tatsächlich sozialistische »Umwälzungen« statt? Waren diese Länder nicht von der Sowjetunion besetzt, die ihnen notwendigerweise ihr eigenes Gesellschaftssystem aufzwingen musste? Weil sie nicht zulassen konnte, dass in den Ländern unter ihrer Kuratel ein innerer Feind in Form einer sich entwickelnden Bourgeoisie entsteht? Nennen wir so etwas eine sozialistische »Umwälzung«?

Und »die Arbeiterbewegung« war wirklich stärker als vor dem zweiten Weltkrieg? Ist eine Arbeiterbewegung insgesamt stärker, wenn ihr revolutionärer Flügel demoralisiert ist und ihr reformistischer Flügel aufblüht?

„Die soziale Frage ist aus der nationalen und internationalen Politik nicht mehr wegzudenken.« (S. 30) Haben wir nicht begriffen, dass alle Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen ist? Was soll dann so ein Satz?

Die »soziale Frage«, die Klassenfrage, stellt sich in Deutschland heute anders als im Zarenreich vor hundert Jahren. Vor uns liegt nicht die Aufgabe, ein Land zu industrialisieren. Wir haben es in einer voll entwickelten Industriegesellschaft mit einer krisenhaften Kapitalakkumulation zu tun, die auch stofflich mehr und mehr an ihre Grenzen zu kommen droht. Die Widersprüche sind heute andere und die Antworten werden andere sein als vor hundert Jahren in Russland. Aber sie haben es gewagt!

B. 05.12.2017 ■